

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2.60 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 4.32 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren- und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandabonnements 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckpostporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkasskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. D. u. Disc.-Ges., Depostenk., Jerusalemstr. 65-66.

Mittwoch
30. September 1931

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Komparativsätze 80 Pf.
Reklameweise 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das fertige Wort 25 Pf.
(täglich zwei fertige Wörter), jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. Tarif.
Stellengelände das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Absetzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Parteiereinheit über alles!

Aufruf des Bezirksvorstandes Berlin.

Der Bezirksvorstand Berlin der Sozialdemokratischen Partei
erläßt folgenden Aufruf:

„Feinde ringsum!“ Das ist die Situation für die deutsche
Sozialdemokratie. Wie ein Fels im brandenden Meer steht die
Partei eines August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

Der Haß vereint Faschisten und Bolschewisten im Kampf gegen
die Sozialdemokratie.

Nehe als je ist die Geschlossenheit und Einheit der Partei die
erste Voraussetzung jeder erproblichen aktiven Betätigung. Im
Kampf für die Partei und Arbeiterklasse gilt strengste Disziplin.
haben die verantwortlichen, von den Mitgliedern gewählten In-
stanzen gesprochen, dann war es bisher eine der besten Tugenden
sozialdemokratischer Arbeiter, die Befehle der Mehrheit zu achten
und durchzuführen.

Die Demokratie gibt allen Mitgliedern Rechte, aber ver-
pflichtet zugleich.

Darum muß in dieser Zeit schwerster Kämpfe, bei größter
Freiheit aller Meinungen, jede Eigenbröstei unterbleiben, wie sie
in letzter Zeit sich immer mehr auszuwachsen zu einer Organisation in
der Organisation.

Halte der Partei in schwerster Zeit die Treue!

Kämpfe und arbeite für die Einheit und Geschlossen-
heit der Partei, die die Voraussetzung für den Sieg der
Arbeiterklasse bildet.

Die Entscheidung des Parteivorstands. Die Gründe des Ausschlusses von Rosenfeld und Seydewitz.

Aus dem Büro des Parteivorstandes wird uns in Er-
gänzung unserer kurzen Mitteilung in der Abendausgabe über
die Entscheidung des Parteivorstandes noch geschrieben:

Der Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung vom 29. Septem-
ber 1931 mit dem Schreiben befaßt, das von Kurt Rosenfeld,
zugleich im Auftrage von Max Seydewitz unter dem Datum
des 26. September an ihn gerichtet wurde. Er betrachtet die Er-
klärung in jenem Schreiben:

„Wenn der Zweck des Beschlusses des Parteiaussschusses sein
sollte, daß die „Fackel“ und die „Morgensblätter“ weitergeführt
werden sollten, so könnten wir uns diesem Beschlusse nicht
fügen“.

als Weigerung, dem Beschluß des Parteiaussschusses vom
22. September Rechnung zu tragen.

Das Schreiben wiederholt lediglich, was die „Freie Ver-
lagsgesellschaft“ am gleichen Tage, an dem der Parteiaussschuß tagte,
unter dem Datum des 22. September bereits in einem Zirkular zum
Ausdruck brachte, in dem es heißt:

„Wir haben uns auf alle Konsequenzen hin ent-
schlossen, uns eine Unterbindung der Meinungsfreiheit nicht ge-
fallen zu lassen. Wir werden die „Fackel“ und die „Noten
Bücher“ weiter herausgeben und mit unserer Person für diese
Handlungen einstehen.“

„In diesem Sinne werden die „Fackel“ und die „Morgensblätter“
weitergeführt werden.“

Das ist in der Zeit vom 22. September bis zum 26. September
in dreifacher Wiederholung die gleiche Erklärung, daß der Beschluß
des Parteiaussschusses von den Gesellschaftern der „Freien Verlags-
gesellschaft m. b. H.“ nicht befolgt würde.

Auf Auseinandersetzungen über die in der Partei angeblich be-
drohte Meinungsfreiheit, sowie über die Behauptung, daß der Par-
teiaussschuß das „Bekenntnis zum Faschismus als parteischädigend
deklariert habe“, geht der Parteivorstand nicht ein. Die Tatsachen
sprechen bereits dagegen. Allein der Umstand, daß Seydewitz
als Chefredakteur des „Sächsischen Volksblatts“ in Zwickau seit
Jahren, ohne Einspruch des Parteivorstandes zu erfahren,
dieses Blatt der Partei in seinem Sinne redigieren konnte; der Umstand,
daß der Parteivorstand dem Erscheinen des „Klassenkampf“ nichts in den Weg gelegt hat,
beweist das zur Genüge.

Das Einschreiten der Partei erfolgte, als, unkontrolliert
und unkontrollierbar von den von der Partei gewählten
Vorständen, die „Morgensblätter“ ins Leben gerufen
wurde, die neben der Herausgabe von Büchern und Zeitschriften
auch die Veranstaltung von Vorträgen schriftlich als
ihre Aufgabe erklärt hat. Die Herausgabe der „Fackel“, zu deren
Verbreitung nach der persönlichen Erklärung von Seydewitz in der
Sitzung des Parteiaussschusses vom 22. September
„selbstverständlich ein Organisationsapparat gehört, weil ohne
einen solchen die Verbreitung einer Zeitung nicht möglich sei“,
war ein weiterer als Sonderaktion zu betrachtender
Schritt. Dagegen hat sich der Parteiaussschuß gewandt. Der
Parteivorstand trat diesem Beschluß bei. Ihm wurde der Auftrag,
alle zur Erhaltung der Parteiereinheit und zur Bekämpfung der
Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungefäumt vorzu-
nehmen.

Die Gesellschafter der „Freien Verlagsgesellschaft“ haben die
ihnen nochmals gebotene Frist nicht benützt, um
entsprechend der an sie gerichteten Aufforderung klar und ein-
deutig ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, sich dem Beschluß des
Parteiaussschusses zu fügen. Damit haben sie gegen den auf Antrag
der Zwickauer Organisation von dem Parteitag zu Heidelberg 1925
gefaßten Beschluß verstoßen, der lautet:

„Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den
23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten wor-
den sind, sind verboten.“

Rosenfeld und Seydewitz haben alle Warnungen in den
Wind geschlagen und sich selbst die Konsequenzen auf-
erlegt, die mit ihrem Verhalten nach ihrem eigenen Bewußtsein
verbunden sind: den Ausschluß aus der Partei, den der
Parteivorstand hiermit auf Grund des § 28 Abs. 8 des Organi-
sationsstatuts ausspricht.

Lohndruck — wie lange noch?

Der Schiedspruch im Ruhrbergbau. — Das englische Argument.

Den Gemeindefabrikanten sind kraft Notverordnung
vom 5. Juni zum zweiten Male in diesem Jahre die Löhne
gekürzt worden. Der Reichsarbeitsminister hat wiederholt
erklärt, daß er sich einem zweiten allgemeinen Lohnabbau
widersehen werde. Kraft dieser Notverordnung ist den Be-
amten, ist den Angestellten der Behörden das Einkommen
gekürzt worden. Reichspost und Reichsbahn berufen sich auf
dieselbe Notverordnung und haben die Lohnvereinbarungen
gekündigt. Gestern ist mit den Stimmen der durch eine Not-
verordnung ernannten Sonderrichter für den Ruhr-
bergbau eine Lohnkürzung von 7 Proz. aus-
gesprochen worden. Täglich laufen Meldungen von Schieds-
sprüchen ein, die in ihrer großen Mehrheit Lohnkürzungen
enthalten.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gestern
eine Entschliessung gefaßt, in der er gleichfalls allgemeine
Lohnkürzungen fordert. Die Wünsche der Industriellen sind
eigentlich schon erfüllt, bevor sie noch gekürzt worden sind.
Die neueste Offensiv — der Stellungskrieg gegen die Löhne
hat ja nie aufgehört — wird begründet mit dem Aufgeben
der englischen Goldwährung und dem Fallen des eng-
lischen Pfundes. Es wird so dargestellt, als sei das
englische Pfund ins Stürzen gekommen, weil in England die
Löhne auf ihrem Stande gehalten worden seien.

Bei dieser Darstellung geht man offenbar von der Vor-
aussetzung aus, daß die Öffentlichkeit heute nicht mehr
weiß, was sich vor acht oder vierzehn Tagen ereignet hat.
Es ist deshalb notwendig, daran zu erinnern, daß dem Auf-
geben der englischen Goldwährung und dem Sturz des eng-
lischen Pfundes die allgemeine Kürzung der Gehälter und
der Abbau der Arbeitslosenunterstützungslage voraus-
gegangen ist. Wenn man die Bewegung des englischen
Pfundes mit dem Lohnniveau durchaus in Verbindung bring-
en will, so kann man genau ebenso gut sagen:
weil die englische Regierung eine allgemeine Lohnabbauwelle
eingeleitet hat, deshalb ist das Pfund ins Rutschen gekommen.
Tatsächlich hat der Sturz des Pfundes und das Aufgeben
der englischen Goldwährung mit dem Lohnniveau gar nichts
zu tun. Es hat sich in England dasjenige ereignet, was einige
Wochen und Monate vorher in Deutschland passierte, näm-
lich das Abziehen kurzfristiger ausländischer Kredite, so daß
zunächst eine Stützungsaktion notwendig wurde. Da diese
nicht ausreichte, zog die englische Regierung, vielleicht mehr
gezwungen als freiwillig, vor, die Goldwährung aufzu-
geben, statt eine zweite Stützungsaktion zu versuchen.

Büßig abwegig ist der Schluß, wir müßten nunmehr
auf der ganzen Linie die Löhne abbauen, um die bedrohte
Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Ein Teil unseres Unter-
nehmertums, und wahrlich nicht der weisichtigste, scheint
überhaupt keine andere Aufgabe zu kennen als die, im In-
land und Ausland nach Gründen für einen neuen Lohn-
abbau zu suchen. Und diesen Leuten erscheint die augen-
blickliche Entwertung des Pfundes höchstwünschelter Vor-
wand für die Verwirklichung ihrer Wunschträume oder, wie
man es vollstümlich ausdrückt, als „ein gesundes Fressen“.
Sie schwelgen schon in dem Gedanken, mit einem englischen
Balutadumping durch Lohnreduktionen wettrennen zu
können. Aber dieser Gedanke ist ein volkswirtschaftlicher
Irrsinn.

Einmal ist es nicht möglich, einer echten galoppierenden
Bährungschwindsucht durch das Mittel der Lohnreduktion
nachzukommen; keine Arbeiterschaft der Welt würde sich
solche Reduktionen gefallen lassen. Zum anderen aber wäre
ein solches Wettrennen ein Rennen in den Tod, an seinem
Ende stände unvermeidlich und unerbittlich der allgemeine
Wirtschaftszusammenbruch. Jede voraussehende Politik muß
darum alle ihre Machtmittel anwenden, um den Eifer zu
zügeln, mit dem sich unser Unternehmertum in eine
hemmungslose Lohndruckkonkurrenz mit England stürzen will.

Wait and see — abwarten und beobachten, nicht aber
überstürzen ist gegenüber den Vorgängen in England die
richtige Parole. Niemand kann heute behaupten, daß das
englische Pfund eine ständig abgleitende Tendenz zeige. Nie-
mand wird auch behaupten wollen, daß die Finanzlage
des britischen Weltreichs eine ähnliche sei wie die Deutsch-
lands nach dem Kriege. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die
stärksten Finanzländer der Welt, nämlich die Vereinigten
Staaten und Frankreich, sich weiter bemühen werden, wie sie
sich jetzt schon bemühen, das Pfund vor einem weiteren Ab-
gleiten zu bewahren. Das Pfund ist in einem solchen Maße

Sozialismus als Wahlprogramm.

Für Bankenkontrolle und Sozialisierung der Schlüsselindustrien.

London, 29. September (Eigenbericht).

Die Arbeiterpartei hat einen Programmewurf aus-
arbeiten lassen, der am nächsten Montag in der Exekutive zur
Beratung gestellt werden soll und im gegebenen Falle als Wahl-
programm gedacht ist.

In dem Entwurf wird zunächst festgestellt, daß der

Sozialismus die einzige Lösung

aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bringen vermag. Eine
große Rolle wird der Deflationspolitik und der Rückkehr zum
Goldstandard für den Fall einer Verschärfung der Wirtschaft-
skrise zugemessen. Es wird deshalb gefordert, daß die Banken und
das Kreditwesen des Landes der öffentlichen Kontrolle unterstellt
werden. Ferner wird die Errichtung einer Zentralbehörde
verlangt, die die Anlage des Kapitals im In- und Ausland über-
wacht und leitet. Außerdem soll England die Initiative zur Ein-
berufung einer internationalen Konferenz ergreifen,
die sich über eine gemeinsame Geldpolitik verständigen soll.
England soll weiter die Initiative ergreifen zur Anstiftung
und endgültigen Bereinigung des Problems der Kriegsschul-
den und Reparationen.

Bezüglich der Zollpolitik heißt es in dem Entwurf, daß

jedes allgemeine Zollsystem einen aussichtslosen Versuch dar-
stelle, das kapitalistische System künstlich wieder zum Leben
zu bringen.

Die Folgen seien Verteuerung der Lebenskosten, Bereicherung pri-
vater Interessen auf Kosten der Allgemeinheit und eine weitere
Verschärfung der internationalen Zusammenarbeit. Dem Gegen-
satz hierzu verlangt die Labour Party als Handelspolitik eine bewusste
Orientierung und Entwicklung derjenigen Industrien, deren
Wirtschaft den höchsten Lebensstandard für die Bewohner des Lan-
des gewährleistet. Als ein erster Schritt in dieser Richtung wird die

**Nationalisierung der Kosterzeugung, der Verkehrsindustrie, der
Eisen- und Stahlindustrie sowie der Kohlenindustrie**

verlangt. Ferner soll der Grund und Boden verstaatlicht
werden. Wo es nötig ist, soll die Ein- und Ausfuhr durch Behörden
mit monopolartigen Vollmachten geregelt werden.

Hinsichtlich der Abrüstungskonferenz soll England Vor-
schläge zur praktischen und weitreichenden Herabsetzung
der Rüstungen ausarbeiten.

Man rechnet damit, daß die Regierung heute im Unterhaus
die Parlamentsauflösung und Neuwahlen am 28. Oktober
verkünden wird.

internationales Zahlungsmittel, daß sozusagen die ganze Welt ein Interesse daran hat, es stabil zu erhalten. Aus der vorübergehenden Finanzkatastrophe Englands, die im letzten Grunde eine Folge unserer Finanzkatastrophe ist, zieht den Schluß zu ziehen, wir müßten auf der ganzen Linie die Löhne abbauen, ist also weder gerechtfertigt, noch ein Mittel, die Lage zu bessern.

Seit Jahren fordert die Arbeiterschaft und besonders die Arbeiterschaft des Kohlenbergbaues eine internationale Verständigung, um jedem Lohn Dumping zu begegnen. Ueber die Arbeitszeit ist bereits eine Verständigung erzielt worden. Es hat auch den Anschein gehabt, als sei man auf Seiten der Unternehmer und der Regierungen bereit, dem Gedanken einer internationalen Kohlenverständigung näherzutreten. Wenn etwas diesem Gedanken zum Durchbruch verhelfen kann, so ist es gerade jetzt die Lage auf dem internationalen Kohlenmarkt. Wenn wir eine internationale Verständigung fordern, so denken wir dabei keineswegs an irgendwelche Lustschlösser, an ein Wolkenkuckucksheim platonischer Verbrüderung, das über den bitteren Realitäten des Alltags schwebt. Wir sind wie gegen den Krieg auf den Schlachtfeldern, auch gegen den Lohnkrieg der Völker untereinander, in dem die Arbeiterklasse eines Landes vorgeschickt wird, um die Löhne der Arbeiterklasse der anderen Länder zu drücken. Wenn die Reichsregierung zur Sicherung des deutschen Kohlenbergbaues wirklich etwas unternehmen will, was von Dauer ist und Wirkung hat, dann möge sie die Initiative ergreifen, um jetzt die internationale Verständigung auf den Kohlenmärkten durchzuführen. Nur mit einer solchen Maßnahme kann die deutsche Arbeitskraft und der deutsche Arbeitsmarkt geschützt werden.

Es läßt sich eine verhängnisvollere Politik nicht denken, als die eines Lohn Dumpings. Die Geschichte der letzten einundzwanzig Jahre, die in Deutschland eine Periode des bewußten von der Regierung propagierten und betriebenen Lohnabbaues war, hat den Beweis geliefert, daß damit weder die Arbeitslosigkeit behoben werden kann, noch auch nur der Beschäftigungsgrad der Industrie gesteigert wird.

Es mütet wie eine Groteske an, wenn man sich der Versprechungen erinnert, mit denen die Reichsregierung den Lohnabbau im Mai 1930 eingeleitet hat, in wie rosigem Farben der wirtschaftliche Wiederaufstieg als Folge dieses Lohnabbaues geschildert wurde. 500 000 Bauarbeiter wollte der Reichsarbeitsminister wieder in die Produktion einreihen. Der Erfolg ist der, daß z. B. in Berlin mehr als die Hälfte der Bauarbeiter im Jahre 1931 überhaupt keine Arbeit verrichten konnte!

Die Forderung nach Herabsetzung der Löhne ist von den Zechenbesitzern wie von den Unternehmern der übrigen Gewerbe gestellt worden, lange bevor das englische Pfund ins Rutschen kam. Die Unternehmer wiederholen nur ihre alte Forderung und suchen sie mit einem neuen Argument zu befrachten. Wenn morgen das Pfund wieder stabil sein wird, werden sie die Stabilisierung des Pfundes als Argument gebrauchen, um einen Lohnabbau zu fordern. Der Lohnabbau ist für sie das Mittel, das alle Krankheiten heilt.

Der Patient wird aber dabei immer kränker: der ungeheure Abbau der Löhne und Gehälter und der Abbau der Leistungen der Sozialversicherung hat eine derart starke Minderung der Kaufkraft nach sich gezogen, daß sich die Krise von Monat zu Monat verschärft hat. Ein neuer Lohnabbau kann aus der Krise nicht herausführen — nur noch helfen in sie hineinführen. Will die Reichsregierung die wirtschaftliche Krise sich soweit verschärfen lassen, daß sie in die politische Krise umschlägt?

Hakenkreuz-Theater.

Ein Zwischenfall auf dem Bahnhof in Hamm.

Hamm, 29. September.

Während des einhalbstündigen Aufenthaltes des Zuges, der Laval und Briand von Berlin nach Paris wieder zurückführte, ereignete sich auf dem Bahnhof in Hamm ein Zwischenfall.

Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Feller, Düsseldorf und Karl Kaufmann, Hamburg saßen in dem auf dem anderen Gleis haltenden Hamburger Zug und interessierten sich zum Fenster heraussehend für das ungewöhnliche Polizeiaufgebot, dessen Ursache nicht erkennbar war. Beide trugen das Hakenkreuz. Nach ihrer Darstellung wurden sie von einer Person, die an das Abstellfenster trat, mit dem Wort „Filsou“ beschimpft. Feller verließ den Zug, um den Rufer zur Rede zu stellen. Sie seien — der genannten Darstellung zufolge — darauf von der Polizei mißhandelt und gewaltsam in den Zug gedrängt, dann wieder aus dem Zuge herausgeholt und unter Verhörungen zur Polizeiwache abgeführt worden, wo man sie von einem dreijährigen Kind, das unter ihrer Obhut zu den Großeltern fuhr, getrennt habe. Von der Polizei wird der Zwischenfall so dargestellt, daß die Abgeordneten nach Mitteilung eines Redakteurs diesen durch einen Jurist beleidigt haben sollen. U. a. soll der Ausbruch „So'n Schweinebande“ gefallen sein. Der Redakteur habe die Beleidigung auf sich bezogen und erklärt, die Rufer sollten sich lieber um andere Leute kümmern, worauf die Abgeordneten auf den Sprecher hätten losgehen wollen. Die Polizei sei dazwischengeschritten, um einerseits eine Schlägerei zu verhindern und andererseits den Franzosen einen würdevollen Abzug zu ersparen. Die Reichstagsabgeordneten seien, da sie mit Schlägen drohten, zur Bahnhofs-wache gebracht worden; sie seien aber der Aufforderung freiwillig nicht nachgegeben, sondern hätten weiter um sich geschlagen. Der staatsliche Polizeidirektor hat der Regierung in Arnberg über den Zwischenfall Bericht erstattet.

Rapedist als Kassierer.

Der Stadtverordnete unterschlägt und fälscht.

Riel, 29. September.

Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung wurde der kommunistische Riel Stadtverordnete Schulz vom Großen Schöffengericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Schulz hatte vom Juni 1930 bis Juli 1931 als Geldbehalter der Städtischen Licht- und Wasserwerke 2000 Mark veruntreut und die Unterschlagung durch Ausstellung gefälschter Quittungen verschleiert. Schulz ist bis heute noch Inhaber seines Stadtverordnetenmandats.

Das Volk verarmt —

aber „Prinzessinnen“ bekommen Millionen!

Kostof, 29. September.

Im Rechtsstreit der weiblichen Hinterbliebenen des ehemaligen Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz gegen den Freistaat Mecklenburg-Strelitz wegen Aufwertung ihrer Verbindungen hat das Oberlandesgericht zu Kostof heute nachstehendes Urteil verkündet:

Das am 3. Juni 1931 verkündete Urteil der ersten Zivilkammer des Landgerichtes Neustrelitz wird aufgehoben. Der Antrag des Beklagten, den Schiedsspruch vom 30. Oktober 1930 aufzuheben, wird abgelehnt. Auf Antrag der Klägerin wird der Schiedsspruch vom 30. Oktober 1930 für vollstreckbar erklärt. Hiernach hat der Freistaat Mecklenburg-Strelitz zu zahlen:

1. an die Prinzessin Marie zur Lippe 161 300 Mark mit 8 Proz. Zinsen seit dem 15. Juli 1925,
2. an die Prinzessin Milha von Montenegro 500 000 Mark mit 8 Proz. Zinsen seit dem 15. Juli 1925.
3. Bezüglich der Großherzogin ist der Schiedsspruch in Höhe von einer Million Mark mit 8 Proz. Zinsen seit dem 15. Juli 1925 für vollstreckbar erklärt.

Ein solches Urteil inmitten der ungeheuren Verelendung der Millionen von Arbeitern aller Berufe und Altersstufen muß geradezu aufreizend wirken. Das kleine Land Mecklenburg-Strelitz ist ohnehin so gut wie zahlungsunfähig. Aber die Buchstabenjustiz scheint davon nichts zu wissen.

Hugenberg bleibt verurteilt.

Seine Berufung verworfen. — 600 Mark Geldstrafe.

Vor der Strafkammer des Landgerichtes I fand gestern die Berufungsverhandlung gegen Dr. Hugenberg statt. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte ihn wegen Beleidigung zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Gegenstand der Anklage war ein Artikel Hugenbergs, der in seiner Presse abgedruckt wurde. Darin wurde der Verdacht ausgesprochen, die Organe Severings würden das Ergebnis des Volksbegehrens „retuschieren“. Das Gericht erster Instanz erblickte in dem Satz „hoffentlich wird in der Zwischenzeit nicht allzu sehr „retuschiert“ den Vorwurf der Wahlfälschung und verfolgte dem Angeklagten den § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen), da die Schärfe des Ausdrucks die Absicht der Beleidigung erweise.

In der Berufungsverhandlung überreichte Hugenberg dem Gericht eine schriftliche Erklärung, damit, wie er sagte, seine Worte nicht in die Protokolle genommen und im Urteil wiedergegeben würden. Das Urteil erster Instanz, blieb es in dieser Erklärung, sei ein politisches Urteil. Juristisch sei der Hauptfehler des Urteils, daß kein Strafantrag für Severing selbst, sondern nur ein solcher für seine Beamten vorliege. Denn wenn irgend jemand beleidigt sein könne — was er bestritt —, so nur Severing, denn er sei der Verantwortliche für den „Terror und die Ungeheuerlichkeiten“, die beim Volksbegehren geschehen seien. Das Wort „retuschieren“ stelle nichts Beleidigendes dar.

Die zahlreichen von der Verteidigung gestellten Beweisanträge lehnte das Gericht ab. Oberstaatsanwalt Dr. Köhler beantragte Verwerfung der Berufung. Er suchte dabei besonders auf einer neuen Reichsgerichtsentcheidung, nach der, selbst wenn der § 193 dem Angeklagten sonst zur Seite stünde, er den Anspruch auf Wahrnehmung berechtigter Interessen verlustig geht, wenn er leichtfertig nicht beweiseliche Verdächtigungen ausspricht, ohne sie nachgeprüft zu haben. Das trifft in diesem Falle auf Dr. Hugenberg zu. Das Volk würde es nicht ver-

stehen, wenn der Verfasser Hugenberg freigesprochen werden würde, während die Redakteure wegen Abdrucks des beleidigenden Artikels bereits rechtskräftig verurteilt sind.

Das Gericht folgte den Ausführungen des Staatsanwalts und verwarf die Berufung. Es bleibt somit beim Urteil erster Instanz: 500 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung.

Die Helden von Wighenhäusen.

Vom Reich unterstützte Schüler der „Kolonialschule“.

Kassel, 29. September. (Eigenbericht.)

In Wighenhäusen, einem kleinen Städtchen an der Werra, hatten sich am Montag und Dienstag 14 Nationalsozialisten wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Vier wurden freigesprochen, zwei erhielten wegen verbotenen Waffenbesitzes 500 Mark Geldstrafe, die übrigen wurden wegen Landfriedensbruchs zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Angeklagten waren beschuldigt, in der Nacht zum 5. August jungjüdische Wanderbündler, die auf der Burg Ludwigstein zu einem Reichstreffen zusammengelassen waren, überfallen zu haben. Von den 14 Angeklagten waren zehn Schüler der sogenannten Kolonialschule in Wighenhäusen, eines Instituts, das aus Reichsmitteln sehr erhebliche Zuschüsse bezieht. Die Verhandlung ergab, daß der Überfall planmäßig in einer nationalsozialistischen Versammlung vorbereitet worden war. Einige der Wanderbündler erlitten sehr schwere Verletzungen. Die Hakenkreuz-Kohlhühner schlugen mit Zaunlaten und Baumästen auf die übertraferten Jungwandler ein. Einem Hakenkreuzler wurde bei der Festnahme ein geladener Revolver abgenommen. Später wurden in den Wohnungen der übrigen Romdys ebenfalls Waffen gefunden. Vor Gericht versuchten die Angeklagten sich vor der Verantwortung zu drücken. Der Gerichtshof kam jedoch zu der Auffassung, daß in dem Überfall eine rohe und gemeine Tat zu erblicken sei. Während der Verhandlung wurden den verurteilten Angeklagten deshalb nicht zugebilligt.

Es ist an der Zeit, daß sich die verantwortlichen Stellen des Reiches endlich einmal um den Betrieb der Kolonialschule kümmern. Wie die Verhandlung ergab, besteht die Wighenhäuser SA. fast nur aus Schülern dieses Instituts.

Hakenkreuzler als Mordbuben.

Jugendliche Revolverhelden.

Hamburg, 29. September.

Die Polizeibehörde teilt mit: In der Nacht zum 26. September wurde, wie berichtet, in Hammersee der Klempner Johannes Harns, der der SPD. angehört, mit einer schweren Kopfschusswunde in besinnungslosem Zustande aufgefunden. Die Ermittlungen führten nun zur Feststellung des Täters, eines 22jährigen Handlungsgehilfen Walter P. Dieser gehört der RSDAP. an und ist geständig, den Revolver auf Harns abgegeben zu haben. Er behauptet, er habe sich von Kommunisten bedrängt gefühlt und aus diesem Grunde einen Schuß abgegeben. Mit P. wurde sein Freund, der 22jährige, gleichfalls der RSDAP. angehörende Handlungsgehilfe Albert J., festgenommen. J. hatte sich in Begleitung des P. befunden. Die weiteren Ermittlungen erstrecken sich darauf, ob J. die Tat des P. begünstigt hat. Bei dem schwerverletzten Harns liegt unmittelbare Lebensgefahr nicht mehr vor.

Alexandre Bracke.

Ein Siebzigjähriger.

Einer der bekanntesten französischen Genossen, der Abgeordnete Alexandre Bracke, feiert dieser Tage seinen 70. Geburtstag. Schon vor zehn Tagen hat die Parteiorganisation seiner Vaterstadt Lille, die zugleich sein Wahlkreis ist, dieses Jubiläum in einer erhebenden Kundgebung mit internationalem Charakter gefeiert, auf der im Namen der deutschen Sozialdemokratie Genossin Toni Sender eine Glückwunschsrede hielt.

Bracke, der mit seinem wirklichen Namen Desrousseau heißt, wurde als Sohn eines noch heute in nordfranzösischen Proletariat volkstümlichen Viederdichters geboren. In der Arbeiterbewegung, zu der er als zwanzigjähriger Student kam, nahm er den Familiennamen seiner Mutter, Bracke, an. Aber Alexandre Bracke ist nicht nur ein hochangesehener Politiker, sondern daneben ein sehr bekannter Gelehrter, der an der berühmtesten Pariser Hochschule, dem Collège de France, über altgriechische Literatur lehrte.

In der Internationale spielt Bracke als französisches Mitglied des Büros und der Exekutive seit etwa zwei Jahrzehnten eine anerkannte Rolle. Er beherrscht übrigens nicht nur das Altgriechische, sondern auch unter den modernen Sprachen vor allem das Deutsche und hat zahlreiche Werke von Marx, Engels, Kautsky und anderen Klassikern des Sozialismus übersetzt. Heute noch legt sich der jugendfrische Siebzigjährige, wenn ihm in der deutschsprachigen Parteipresse ein Artikel gefällt, an den Schriftlich und übersetzt ihn mit bewundernswerter Gewissenhaftigkeit für den „Populaire“. Viele deutsche Genossen, so in Berlin und in den Kongressstädten der letzten Jahre, wie Hamburg, Kiel und Magdeburg, haben seinen temperamentvollen Reden in deutscher Sprache stürmischen Beifall gespendet. Dem in der ganzen Internationale wegen seiner unbedingten Ehrlichkeit und Tapferkeit verehrten Jubilar spricht die deutsche Sozialdemokratie auch an dieser Stelle ihren herzlichsten Glückwunsch aus.

Deutscher Friedensbund.

Abkehr von der parteifeindlichen „Friedensgesellschaft“.

Genosse A. Freymuth schreibt uns:

Wie die Presse mitteilt, haben die Ortsgruppen Schwarzin und Rostof der Deutschen Friedensgesellschaft (Führung Küster) sich von der Deutschen Friedensgesellschaft losgelöst, namentlich auch deswegen, weil es zu einem offenen Bruch zwischen der Deutschen

Friedensgesellschaft und der Sozialdemokratischen Partei gekommen ist.

Ich mache alle Friedensfreunde in Deutschland darauf aufmerksam, daß bereits Ende 1930 ein Teil der Ortsgruppe Berlin unter meiner Führung sich von der Deutschen Friedensgesellschaft losgelöst und den Deutschen Friedensbund gegründet hat. Dieser Deutsche Friedensbund soll sich schrittweise über ganz Deutschland ausbreiten. Die Ortsgruppe Magdeburg hatte sich schon früher von der Deutschen Friedensgesellschaft gelöst und gehört jetzt auch dem Deutschen Friedensbunde an. Der Deutsche Friedensbund möchte alle diejenigen Friedensfreunde bei sich vereinigen, die eine besondere, über ganz Deutschland sich erstreckende pazifistische Organisation für erforderlich halten, aber die Deutsche Friedensgesellschaft unter ihrer jetzigen Leitung nicht für geeignet halten, um in ihr für den großen Gedanken des Weltfriedens wirken zu können. Ich bitte alle diese Einzelpersonen und Verbände, sich zur Mitgliedschaft oder zur parteimäßigen Vereinigung beim Deutschen Friedensbund zu melden.

A. Freymuth, Senatspräsident i. R., Vorsitzender des Deutschen Friedensbundes, Charlottenburg 5, Schloßstraße 58 (C 4 Wilhelm 4924).

„Der Angriff“ wieder verboten.

Der Berliner Polizeipräsident hat das Nazi-Organ „Der Angriff“ mit sofortiger Wirkung bis zum 20. Oktober verboten. Das Blatt hat in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Nazi-Krawallen am Kurfürstendamm wiederholt Artikel veröffentlicht, die eine Beschimpfung und Verächtlichmachung der Organe, Einrichtungen und Behörden des Staates darstellten.

Der badische Minister des Innern hat die in Mannheim erscheinende nationalsozialistische Zeitung „Hakenkreuzbanner“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Die Domkirche in Riga.

durch Verordnung den Deutschen genommen.

Riga, 29. September. (Russische Tel.-Agentur.)

Auf Grund einer Übereinkunft der Regierungsparteien erließ der Ministerrat heute auf dem Verordnungswege ein Gesetz, durch das die Domkirche zur Kathedrale des Bischofs der evangelischen Gesamtkirche Lettlands erklärt wird. Ihre Verwaltung wird einem Rate übertragen, dessen Zusammenstellung folgendermaßen ist: je ein Vertreter des Bischofs und des Kriegsministers (!), je drei Vertreter der drei Gemeinden. Die bisher die Domkirche benutzten haben, nämlich der deutschen Domgemeinde, der Rigaer Garnisonsgemeinde und der lettischen Domgemeinde.

Berlins Not - nicht Berlins Schuld!

Abbau und Leistung. - Berliner Kommunalpolitik gestern und heute.

Vor zwei Dingen muß sich der Verantwortliche in Zeiten des Rückganges und der Einschränkung hüten - in der Politik wie im Privatleben: vor Rucklosigkeit und vor der Aufhebung einer Schuld, die er nicht zu tragen hat.

Wir sollten in Berlin nicht von Abbau und Sparmaßnahmen sprechen, ohne uns vorweg aufs neue und mit denselben Selbstbemühen wie früher zu der kommunalen Leistung des verflochtenen Jahrzehnts zu bekennen, die ohne den politischen Einfluß der Sozialdemokratie nicht denkbar gewesen wäre. Wir sollten das gerade jetzt tun, wo politische Gegner geschäftig dabei sind, diese Leistung als Verbrechen zu brandmarken und aus ihr die Schuld für die jetzigen finanziellen Schwierigkeiten herzuleiten. Berlins Not ist nicht Berlins Schuld. Und wenn die Kleinbürgerliche Presse mit den Sozialistenfressern darin wetterfressen, einen Zusammenhang zwischen der früheren Leistung und dem jetzigen Abbau zu konstruieren, so mischen sich dabei Oberflächlichkeit des Urteils und Bösartigkeit.

Im Mai dieses Jahres durfte Berlin hoffen, seine spezifisch kommunale Bedrängnis überwunden zu haben. Den größten Teil ihrer schwebenden Schuld hatte die Stadt durch das schmerzliche Opfer der Bewag-Transaktion abgebürdet. 180 Millionen kurzfristigen Kredits blieben übrig - keine erschreckende Summe bei einem Vermögen von mehreren Milliarden und einem jährlichen Etat von fast anderthalb Milliarden. Auch diese kurzfristigen Kredite, die abgebürdeten wie die bleibenden, kann nur der auf ein moralisches Schuldkonto der Stadt setzen, der nicht wahr haben will, daß die Reichshauptstadt wie viele andere Großstädte systematisch vom Ansehensmarkt, insbesondere des Auslandes, abgeschnürt worden ist im höheren Auftrag jener Wirtschaftskrise, die die kommunalen Versorgungsbetriebe in der Notzeit einmal als letzten Bissen zu schänden gedachten. In Berlin ist dies erfreulicherweise nicht gelungen, dank dem Zusammenarbeiten der entscheidenden Stellen in Reich, Staat und Stadt: wenn auch der Kleinbesitz der Stadt geopfert werden mußte, so konnte doch der Mehrheitsbesitz der öffentlichen Hand erhalten werden.

Aber um all diese Dinge handelte es sich im Herbst 1931 überhaupt nicht mehr. Schwebende Schulden haben bei der Septemberkrise keine Rolle mehr gespielt. Es handelte sich auch nicht mehr um Berlin allein oder Berlin hauptsächlich. Nirgends ist das klarer zum Ausdruck gekommen als in dem Ratsschrei, den der sozialdemokratische Ratungen gewiß unverdächtige Oberbürgermeister Potsdams in seinem deutschnationalen Lokalblatt ausgesprochen hat: auch Potsdam, durch Schicksals Günst, nicht durch eigenes Verdienst, ohne einen einzigen Pfennig schwebender Schulden, war im September am Ende seiner Kraft.

Die Not war längst keine Not Berlins mehr, sondern Not der deutschen Städte.

Die Schuld daran trägt allein die Wirtschaftskrise in Verbindung mit der geltenden Kostenteilung auf dem Wohlfahrtsgebiet: schwindend hohe Wohlfahrtskosten bei sinkenden Steuereinnahmen, rabiotöse Wucherung der Städte vom öffentlichen und privaten Kredit - untragbar in einer Zeit, in der die wichtigsten Steuerquellen nur vierfünftel, wichtige wie die Bürgersteuer nur jährlich fließen, und nicht einmal fließen, sondern stocken infolge der allgemeinen Wirtschaftslage.

Das alles hat also nicht den kommunalen Leistungen Berlins in der Nachkriegszeit und mit deren Kosten nichts mehr zu tun. Man soll darum endlich die Sozialdemokratie bei der Schuldfrage in Ruhe lassen. Ihr Verdienst ist es vielmehr, daß der jetzige Abbau nicht das Ende kommunaler Arbeit überhaupt bedeutet. Ihr Verdienst ist es, wenn das Schlagwort von der Rückführung des kommunalen

Aufgabengebiets auf den Stand von 1914 in Berlin nicht verwirklicht werden kann, weil die Erfolge einer zehnjährigen Aufbauarbeit nach dem Kriege sich einfach nicht mehr beseitigen lassen. Der Bürgermeister des Arbeiterbezirks Genosse Mielich hat unlängst im Rundfunk all die sozialen und kulturellen Errungenschaften und Einrichtungen aufgezählt, die in dem von ihm geleiteten Bezirk auch nach allem Abbau bestehen bleiben, von der Schnellbahn mitten durch das Proletarierquartier bis zur vorzüglichen Hygiene, und er hat mit Recht betont, daß wir auch jetzt noch nicht einen Vergleich mit der Vorkriegszeit zu scheuen haben. Die Schuld an dem notwendigen Abbau liegt dort, wo der politische Einfluß der Sozialdemokratie am geringsten ist. So, man kann sogar bei einzelnen Abbaumaßnahmen die verschiedenartige Behandlung durch die Stadt und die außerhalb ihres Einflusssbereichs liegenden Stellen deutlich erkennen.

In der Frage der Lehrerentlassungen hatte die Stadt z. B. weit schonendere Beschlüsse gefaßt, erst der vom Reich über Preußen ausgeübte Zwang hat die rigorosen Maßnahmen zur Folge gehabt. Und in der Schulgeldfrage hat die Stadt erzieherischerweise dem konzentrischen Druck von außen her standgehalten. Verantwortungsbewusste Menschen sollten sich deshalb mit Rücksicht auf jene Leistungen, die kein Abbau zu beseitigen vermag, vor Ueberforderungen hüten und nicht immer gleich von „Zusammenbruch“ und dergleichen sprechen.

Hilfe kann nur vom Reich kommen.

Gewiß ist der Abbau durchaus nicht nach unserem Sinn. Gewiß würden wir es anders machen, wenn wir mit unseren Entschlüssen frei wären. Aber keine Stadt kann heute von sich aus eine wirklich produktive Wirtschaftspolitik treiben. Wollte Berlin heute

Banditen in der Sparkasse.

Volontär niedergeschossen. - Täter mit 1200 Mark entkommen.

Die Filiale der Teltower Kreis Sparkasse am Jungfernstieg 25 in Lichterfelde-Ost war gestern abends um 10 Uhr Schauplatz eines überaus verzweigten Banditenüberfalls. Ähnlich wie am 3. Juli d.J. drangen zwei bewaffnete Banditen in den Kassenraum ein und erbeuteten rund 1200 Mark. Bei dem Versuch, Hilfe herbeizurufen, wurde der 31 Jahre alte Bankvolontär Schirmel von einem der Täter niedergeschossen. Es wird vermutet, daß es sich um dieselben Täter handelt, die vor etwa drei Monaten den Ueberfall auf dieselbe Kasse verübten und damals mit 3000 Mark Beute flüchten konnten.

Die Nebenstelle der Teltower Kreis Sparkasse besteht aus einem langgestreckten Raum. Nur einfache Schalter trennen die Kundenabfertigung von den Arbeitsstellen der Beamten. Gegen 15 Uhr waren der Kassierer Trapp und der Volontär Schirmel allein anwesend. Ein Kontoinhaber hatte noch kurz zuvor eine Einzahlung geleistet, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und zwei etwa 20jährige Burschen mit schußfertigen Pistolen eindringen und den beiden Beamten zurufen: „Hände hoch - wir verstehen keinen Spott!“ Den beiden Männern blieb angesichts der drohend auf sie gerichteten Waffen nichts weiter übrig, als der Aufforderung der Banditen nachzukommen. In dem Augenblick, als einer der Räuber über die Barriere hinwegsteigen wollte, versuchte der Volontär Schirmel den hinteren Ausgang zu erreichen, um Hilfe herbeizurufen. Er hatte kaum einige Schritte getan, als der zweite Täter, der den Eingang scharf unter Beobachtung hielt, einen Schuß abfeuerte.

Schirmel wurde von der Kugel getroffen, mit einem Aufschrei brach er zusammen.

Immer mit schußfertiger Pistole ging einer der Räuber dann auf den Kassierer zu und raubte etwa 1200 Mark. Trotz seiner schweren Verletzung war es dem niedergeschossenen Volontär aber gelungen,

sich weiterzuschleppen, wo er durch Einschlagen einer Scheibe die Aufmerksamkeit anderer in demselben Hause beschäftigter Angestellter erregte. Als mehrere Leute herbeiliefen, hatten die beiden Täter das Geld bereits verstaubt und stiefen auf die Straße. Dort schwingen sie sich auf Fahrräder und jagten in wilder Fahrt davon.

Aufregende Verfolgung der Verbrecher.

Mehrere Radfahrer, die des Weges kamen und ein Taxihausfeuer, die im Augenblick von dem Geschehenen in Kenntnis gesetzt wurden, nahmen die Verfolgung der Banditen auf. Durch mehrere Schüsse hielten sich die Täter ihre Verfolger jedoch vom Leibe und bald hatten sie einen solchen Vorsprung erreicht, daß sie in eine Seitenstraße einbiegen konnten und entkamen in Richtung Lantow. Das Ueberfallkommando suchte die ganze Gegend ab, ohne von den Tätern eine Spur zu entdecken. Der schwerverletzte Volontär wurde in das Vincenz-Krankenhaus gebracht, wo er sofort operiert werden mußte. Die Kriminalkommissare Mühlfriedel und Rebe vom Raubdezernat des Polizeipräsidiums haben die Nachforschungen nach den Räubern aufgenommen.

1000 Mark Belohnung.

Für den Raubüberfall ist von der Direktion der Sparkasse vorläufig eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. Es ist aber damit zu rechnen, daß in Anbetracht der besonderen Umstände diese Belohnung noch erhöht wird. Außerdem wird die Kriminalpolizei eine angemessene Belohnung aussetzen. Von den Beamten des Raubdezernats sind bereits eine größere Anzahl Zeugen vernommen worden. Die Ueberfallenen können eine genaue Beschreibung der Täter nicht geben. Auch für die Zeugen auf der Straße spielte sich alles zu schnell ab, als daß jemand die Leute genau angesehen haben könnte. Die allgemeine Schätzung geht dahin, daß die Täter etwa 22 bis 25 Jahre alt waren, der eine war etwa 1,65 Meter groß, der zweite vielleicht 1,70 Meter. Beide trugen graue Schiebermähen. Das Rad des einen soll gelb, das des anderen schwarz gewesen sein. Der größere soll eine hellgraue Hose getragen haben.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

„Du bist ja gar nichts?“ Frau Kosoff mustert Lili.
„Ich hab keinen Appetit.“
„Die viele Arbeit! Ich stelle dir was ins Zimmer. Nachher, wenn du zurückkommst, wirst du was Hunger haben!“
Nachher, wenn ich zurückkomme... Lili sitzt die Angst im Halbe. Sie sieht auf den Teller mit den Brotschnitten vor sich. In der Leberwurst sind dicke Fettstücke. Ihr wird übel von dem Anblick und vom Geruch des Essens. Sie erhebt sich gleichzeitig mit Julius Kosoff.
„Also du kommst denn nach, Mutter! Du bist ja doch die Beste.“ Er tätschelt seiner Frau den Nacken.
„Ja, ja, ich komme. Geh du man voraus. Ich muß noch Wäsche einweichen.“
„Gib deinem Vater einen Kuß, Wädel!“ Julius Kosoff hält der Tochter den gestraubten Schnurrbart entgegen, um wie üblich einen in die Luft gehauchten Kuß zu empfangen. Wider Erwarten küßt Lili den Vater zärtlich. Sie sagt nichts dabei.
„Ich gehe mich umkleiden.“
„Nicht zu spät nach Hause kommen“, mahnt Julius Kosoff. „Anstand muß sein.“
Frau Kosoff winkt beschwichtigend. Sie weiß, daß Lili die väterlichen Ermahnungen nicht schätzt.

Lili hat die Tür zu dem kleinen Balkon weit geöffnet. Geräusche der Straße dringen ins Zimmer, eine vorbeifahrende Straßenbahn klingelt. Der schmale Raum, Kabinett genannt, den sie früher zusammen mit Wilma bewohnte, enthält ein Messingbett, eine kleine Frisiertoilette, zwei Sessel und einen runden Tisch. Zwischen den Möbeln bleibt so wenig Platz, daß man sich gerade noch hindurchzwängen kann. Wäschestücke, Schuhe und Bücher liegen herum. Es herrscht genialische Unordnung. Lili nimmt eine Hemdhose aus weißem Crepe de Chine, die über das Bett gebreitet liegt, in die Hand. Sie gibt dem auf dem Boden liegenden Pappbeutel, in dem der Transport stattfand, einen Fußtritt. 32 Mark hast du gestoflet, philosophiert sie. Man muß in Schönheit sterben! Und

wenn ich mich ertöte, schadet es nicht mehr. So hat alles sein gutes, selbst der eigene Tod. Wieder wird ihr bekommen zumut. Es ist ein sonderbares Angstgefühl, das sie nicht kennt und das sich in der Kehle festsetzt. Sie versucht zu schlucken und kann nicht. Die Hand greift zum Hofse. Warum habe ich denn Angst? Ich will doch! „Sie hat Selbstmord begangen“, sagen die Leute nachher, aber das ist häßlich, Freitod muß man es nennen. Freiwilliger Tod!

Die Kirchturmuhre schlägt halbneun.
Um neun erwartet mich Bert. Ist es denn überhaupt wahr? Und soll ich einen Abschiedsbrief schreiben? Ich weiß gar nicht, wie man das macht. Im Kino und im Roman schreibt man Abschiedsbriefe, aber was ich vorhabe, ist Wirklichkeit. In Wirklichkeit hat man ohne große Worte aus dem Leben zu gehen. Sollen sich die anderen damit abfinden, und das werden sie ja auch tun.

Lili zieht sich aus und sitzt in der neuen, seidnen Hemdhose vor dem Spiegel. Sie bearbeitet ihr Gesicht mit Puder. Ich hätte mich noch ondulieren lassen sollen. Sie betupft sich mit Parfüm, dann gießt sie plötzlich den ganzen Inhalt der Flasche über ihre Arme. Das Zeug war teuer, aber jetzt ist doch alles gleich! Wilma hätte es nicht brauchen können, sie liebt nur herbe Gerüche. Ich glaube, Wilma hält es für feiner. Die verfluchte Feindschaft! Sie muß wieder zu Mutter ziehen, die Wilma, wenn ich nicht mehr bin... Man sollte das verlangen. Der letzte Wunsch einer Sterbenden... Ach, sollen sie alle machen, was sie wollen. Ich tu's auch! Diese reinseidenen Strümpfe sind wundervoll. Lili starrt verzückt auf ihre Beine. Aber für den Kiosk ist das nichts. Gott sei Dank, daß ich den Kummel nicht mehr mitzumachen brauche. Die Abrechnung stimmt auf den Pfennig. Ich werde mich doch nicht bereden lassen.

Auf dem Toiletentischchen liegt ein Stück in Silberpapier gewickelte Schokolade. Lili beißt hinein und schleudert die Süßigkeit angewidert auf den Boden. Ich nehme das bunte Seidenkleid von Wilma. Es ist wie ein letzter Gruß. Meine gute Wilma. Als du es mir vor ein paar Tagen schicktest, mußte ich noch nichts. Wie schnell alles kommt. Aber es ist gut so! Ob ich noch etwas schreibe? Sie kriecht mit einem Bleistiftstummel „Liebe Mutter!“ auf die weiße Platte des Tischchens und wischt es schnell wieder weg. Nein, nicht.

Sie steht auf und holt aus dem Kleiderschrank das geblümte Kleid. „Wie ich das hier alles satt habe“, murmelt sie und sieht sich im Zimmer um. Trogdem: ich gehöre doch hierher und es war manchmal so nett. Sie streicht über das

Sofa aus rotgepreßtem Blüsch und atmet tief die Luft ein. Es riecht so nach zu Hause! Vor dem großen Stehspiegel beschaut sie sich noch einmal. Hübsches Mädchen, schade drum! Sie framt aus der Handtasche das Portemonnaie hervor und zählt ihr Geld. Vierundereißig Mark zwanzig. Damit kann man keine großen Sprünge machen. Aber Bert wird viel Geld haben. Er wollte alles zusammentragen.

Mutter ist in der Küche. Und ich muß jetzt gehen. Also los: ich sage ganz einfach: Adieu, Mutter! Nichts weiter. Bloß keine Nührung. Liegt mir gar nicht. Lili holt tief Atem. Wenn ich nur nicht weinen muß... Ich will mal schnell 'n Schlager spielen, irgend was Berrücktes, Lustiges. „Lili, sei ein Mann!“ sagt sie zu sich selbst und schlägt den Klavierdeckel auf. Die Finger hämmern ein paar zerfetzte Jazzrhythmen. Klavierunterricht hat man natürlich auch genossen, unter dem ging's nicht. Müllers Dorch und Meiers Sofie durften nichts voraus haben. „Dadi... da... da... da... didada...“ trällert Lili und trotzdem kommen die Tränen, quellen empor und bleiben in den Augen stehen. Verdamme Heulerei. Lache, Bajazzo! wenn's auch kitschig ist. Paul Gerhards herrliches Sterbelied fällt ihr ein. „Wenn ich einmal soll scheiden, so scheid nicht von mir...“ Sie singt die Melodie vor sich hin, ohne die Worte zu formen. Mutter hat es gern. Aber was nützt mir das. Es ist ja schon gut.

Lili geht in die Küche zur Mutter.
„Willst all gehen, Lili? Ich noch 'n Häppchen!“ Frau Kosoff zeigt Lili ein auf eine Gabel gespiessenes Stückchen kaltes Fleisch.

Lili preßt die Lippen aufeinander und schüttelt den Kopf.
„Na, nimm!“ Frau Kosoff hält Lilis Abwehr für falsche Bescheidenheit und dringt mit liebevoller Energie auf die Tochter ein.
„Verflucht, noch mal! Ich mag nicht fressen! Sted dir dein Böckfleisch an den Hut!“ brüllt Lili empört und schweigt dann beschämt. Herrgott, sind das die letzten Worte, die man einer Mutter zu sagen hat? Ich wollte doch nett sein. Sie umschlingt Frau Kosoff und vergräbt ihren Kopf an der Schulter der Mutter. „Nicht böse sein...“ schluchzt sie auf. „Nicht böse sein, nein?“ Sie streichelt die verarbeiteten Hände und küßt sie. Schön war's damals, als man noch bei der Mutter Schutz suchen konnte. Sie half immer. Aber heute kann sie nicht mehr helfen.

Frau Kosoff zieht schnell ihre Hände weg. Sie sieht Lili befremdet an. Mit kleinem, hilflosem Lächeln nickt sie ihr zu. Die Situation erscheint ihr sonderbar. (Fortf. folgt.)

Arbeit schaffen, so müßte es bei dem Mangel jeglicher Möglichkeit der Kreditaufnahme neue Steuern ausschreiben. Das würde aber bei der jetzigen Vertnapung der Wirtschaft nichts anderes bedeuten, als Geld dem Wirtschaftsprozess an einer Stelle zu entziehen, um es an einer anderen Stelle wieder einzusetzen, also Arbeit zu schaffen, indem man vorher oder gleichzeitig Arbeitsmöglichkeit wegnimmt. Diesen verhängnisvollen Kreislauf kann heute keine kommunale Politik, sondern ausschließlich das Reich durchbrechen. Und lange genug fordern Partei und Gewerkschaften von ihm ein wirklich produktives Wirtschaftsprogramm.

Bis dahin bleibt den Gemeinden, die die Arbeit nicht anders als mit äußerster Vorsicht zu wirtschaften, Leistungen einzuschränken, sich auf die notwendigsten Aufgaben zurückzuziehen. Berlin ist jetzt an der Grenze dieses Notwendigen angelangt, hat sie hier und da schon überschritten. Die Reichshilfe — in Form einer Subvention, leider nicht einer neuen Verteilung von Rechten und Pflichten — ist endlich in naher Aussicht. Ob sie ausreicht, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Aber wie immer die Dinge sich gestalten, die Sozialdemokratie hat die Pflicht, ihren ganzen politischen Einfluß geltend zu machen, um jene Leistungen in eine bessere Zeit hinüberzureiten, die ihr wesentlich und notwendig erscheinen und die man nicht vorübergehend aufheben kann, ohne sie ganz zu beseitigen. Sie trägt nicht die Schuld an der jetzigen Krise, sie trägt die Verantwortung für die Form des Abbaues nur insoweit, als sie das Quantum politischer Macht, das ihr die Wähler-schaft gegeben hat, einsetzt, um die schlimmsten Folgen der Krise für die Arbeiterklasse zu verhindern. Diese Pflicht wird erfüllt werden. Sie schlägt die Brücke zwischen kommunaler Politik von gestern und heute, zwischen Leistung und Abbau. Sie sichert gegen Rückschläge, gegen die Versuchung, politische Macht-positionen freiwillig zu räumen und sie damit dem Gegner zu überlassen.

Noch immer Wohnungselend.

Was wir dringend brauchen: Billige Kleinwohnungen

Zu unserem Artikel „Berlin zieht um“ schreibt uns ein arbeitsloser Bauarbeiter:

Als Ergänzung Ihres gestrigen Wohnungsartikels möchte ich folgendes sagen: Der „Vorwärts“ hat stets besonders nachhaltig und ernst die Interessen der Wohnungsuchenden vertreten. Er ist eingetreten für die Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe, dem größten Schlüsselgewerbe, und für die Erstellung möglichst vieler Kleinwohnungen. Und wir brauchen auch heute noch dringend den Bau zahlreicher Kleinwohnungen mit Mietern, die es auch dem Winter bewilligsten erlauben, einmal „umzuziehen“. Denn das Wohnungselend ist in Berlin noch wie vor ungeheuerlich groß. Darüber dürfen die vielen leerstehenden Reibmahlwohnungen nicht hinwegtäuschen. In der Densitätlichkeit ist man sehr schnell geneigt, die Tatsache leerstehender Wohnungen als den Beweis anzusehen, daß die Lösung des Wohnungsproblems gelungen sei. Das ist ganz und gar falsch.

Die Wohnungen stehen leer, weil ein Arbeiter die hohen Mieten niemals bezahlen kann. Und so sind die Zehntausende gezwungen, weiter in den elendesten Wohnlöhern zu hausen.

Sehen Sie, ich bin Bauarbeiter und länger als ein Jahr ohne Arbeit! In unserer kleinen Wohnung (eine Altwohnung mit Stube, Kammer und Küche) wohnt noch mein erwachsener Sohn mit seiner Frau. Er würde sich gern eine billige Eineinhalb-Zimmerwohnung nehmen, wenn die Mieten billiger wären. So aber kann er es nicht und muß weiter bei uns bleiben. Und da wollen die Hausbesitzer gleich am liebsten die ganze Hauszinssteuer abgebaut sehen, dann werden die Reibmahlwohnungen doch noch viel teurer! Man muß endlich einen Weg finden, Arbeiterwohnungen zu erschwinglichen Mieten herzustellen. Dann bekommen die Bauarbeiter und mit ihnen viele Kollegen aus den anderen Industrien Arbeit, und viele Menschen, die jetzt noch eng in alten Wohnlöhern hausen müssen, fänden endlich die ersehnte Wohnstätte! Diese Wohnungen ständen bestimmt nicht leer. Denken Sie an das Beispiel, das ich Ihnen mit meinem Sohn gab.

Wir haben dieser Zuschrift sehr gern Raum gegeben. Der furiose Zustand, daß Zehntausende eine Wohnung suchen, während zahlreiche Reibmahlwohnungen keine Mieter finden, muß ein Ende haben. Schafft endlich dem Arbeiter die Wohnung, die er auch bezahlen kann!

Kohlengrube unter Wasser.

Sechs Arbeiter im Schacht ertrunken.

Budapest, 29. September.

Wie aus Bad gemeldet wird, ereignete sich in der dortigen Kohlengrube ein entsetzliches Unglück, das sechs Todesopfer forderte. In einen Schacht, in dem neun Arbeiter beschäftigt waren, drang nach einer heftigen Detonation Wasser ein. Drei Männern gelang es mit Mühe und Not zu entkommen, die sechs übrigen kamen ums Leben.

Schlosser durch Starkstrom getötet.

In der Ede Sträßburger und Saarbrücker Straße, unweit des Bülowplatzes, kam gestern nachmittag der 25jährige Schlosser Walter Schlemig aus der Wismstraße 17 auf schreckliche Weise ums Leben.

Schlemig war mit mehreren Kollegen mit Installationsarbeiten an unterirdischen elektrischen Kabeln beschäftigt. Aus noch nicht geklärt Ursache kam Sch. mit seinem Handwerkzeug einer Starkstromleitung zu nahe. Er erhielt einen elektrischen Schlag und starb betäubt um. Der Verunglückte wurde sofort ins Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er jedoch leider nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden konnte.

Lichtbildvortrag der Arbeiter-Samariter. Am 30. September 1931, um 20 Uhr, veranstaltet die Abteilung Köpenick des Arbeiter-Samariter-Bundes anlässlich des diesjährigen Kursusbeginns Lichtbildvorträge: 1. Erste Hilfe bei Unglücksfällen. 2. Unfallverhütung im Hause. Referent: Dr. Heilbrunn. Eintritt frei.

Sprechchor für Proletarische Feiertage. Übungsstunde in dieser Woche am Donnerstag 19½ Uhr im Gesangsfaal der Sophien-schule, Weinmeisterstr. 16/17.

Rekorddiebin.

Schrecken der Zimmervermieterinnen. — 78 Diebstähle.

Die 25jährige G. scheint erst am Anfang ihrer Karriere zu stehen. Brest sie nicht bezweilen, so ist ihr das Zuchthaus sicher. Die G. zerfließt vor Gericht in Tränen. Sie macht einen durchaus sympathischen und harmlosen Eindruck; Harmlosigkeit, gepaart mit Raffinerie, waren es ja auch, die ihr ihre zahllosen Diebstähle erleichterten. Zur Anklage stehen 78 Fälle. Sie suchte immer wieder Zimmervermieterinnen heim. Sie hat natürlich viel mehr als 78mal, stets in ein und derselben Weise, Beute zu machen versucht; manchmal ging sie aber leer aus, und wer weiß, in wie vielen Fällen von einer Anzeige abgesehen wurde. Mitunter wiederholte sie das Spiel mehrmals am Tage; mindestens aber „mietete“ sie zweimal in der Woche Zimmer. Und sie täte es wahr-scheinlich heute noch, wenn nicht ein Zufall ihrer Tätigkeit ein Ende gemacht hätte. Eine Hausdurchsicht bei ihrem Freund förderte Gegenstände an den Tag, die er von seiner Freundin G. bekommen haben wollte. Diese war geständig, 70 Zimmervermieterinnen bestohlen zu haben. Der Trick, den sie dabei anwandte, war immer der gleiche. Sie stellte sich unter fremdem Namen als Telephonistin vor, nannte auch die Nummer, auf die man über sie Erkundigungen einziehen konnte, schrieb auf einen Zettel die Gepäckstücke, die gebracht werden würden, sah sich während der eingehenden Unterhaltung im Zimmer aufmerksam um, dann wurde ihr plötzlich schlecht, sie bot um ein Glas Wasser oder um eine Tasse Kaffee, und während sich die Zimmervermieterin entfernte, um das Gewünschte zu holen, nahm sie die Beute an sich. In der Regel waren es Portemonnaies oder Handtaschen. Der Inhalt betrug unter Umständen mehr als 100 Mark; in einem Falle waren es auch

1000 Mark — allerdings wird sie in diesem Falle das Geld, das sich zwischen Papieten befand, zusammen mit diesen fortgeworfen haben. Unerhofftes Glück hatte sie in einer Charlottenburger Wohnung. Aus dem Schlafzimmer, in das sie sich „verirrt“ haben will, nahm sie Schmuck im Werte von 12 000 Mark mit. Sie verschleuderte die Juwelen für ein Butterbrot im Rokka Esti. In drei Fällen kam gerade der Briefträger mit Geld. Die Zimmervermieterin bekam nicht viel davon zu sehen: ihre Mieterin legte darauf Beschlagnahme.

Befand sich aber die Diebin in Rot? Ja und nein! Schon im jugendlichen Alter erhielt sie die ersten Strafen. Sie hatte keine gute Hauslichkeit, strenge Eltern, die sie prügeln, wenn sie Tanzböden besuchte, sie verließ das Elternhaus, nahm Anstellungen an und beging ihren ersten Diebstahl beim „Zimmermieten“, als sie vor ihrer Entbindung stand. Sie heiratete Die Ehe war unglücklich, der Mann schlug sie, sie verließ ihn, wie vorher das Elternhaus, hatte kurze Zeit Arbeit und ging dann auf die Diebstähle aus, obgleich sie und ihr Kind untergebracht war.

Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Gefängnis. Das Gericht begnügte sich mit zwei Jahren Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust und rechnete der G. die Untersuchungshaft in Höhe von neun Monaten an. Ja, noch mehr! Der Vorsitzende meinte, daß bei guter Führung für den Rest der Strafe mit einer Bewährungsfrist zu rechnen sei. Ob den Berliner Zimmervermieterinnen damit gedient ist, mag dahingestellt bleiben; Diebstahnen wie diese hier bedeuten eine außerordentliche Gefahr. Der Angeklagten waren aber die zwei Jahre Gefängnis zuviel; sie wollte sich erst überlegen, ob sie die Strafe annehmen sollte.

8. Kreis — Spandau

Heute, Mittwoch, den 30. September, 20 Uhr:

Oeffentliche Volksversammlung

in Kochs Bismarcksälen, Spandau, Feldstr. 52

Thema: **Kann Deutschland gesunden?**

Redner: Parteivorsitzender **Hans Vogel, MdR.**

Der Nazi-Schupo.

Das Attentat auf den hamburgischen Regierungsrat.

Hamburg, 29. September.

Der Revolveranschlag des ehemaligen Polizeioberwachmeisters Bohl, der am 13. März im Hamburger Polizeipräsidium den ihn vernehmenden Regierungsrat Lassally zu erschließen versuchte und schwer verwundet wurde vor dem Hamburger Schwurgericht verhandelt. Er beklagte grell die Verwahrlosung in rechtsradikalen Kreisen.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dellen, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Reuter. Bei seiner Vernehmung spielt Bohl den Märtyrer und erklärt, daß er die Tat nicht bereue. Doch muß er wegen seines Auftretens vom Vorsitzenden verwarnet werden. Aus seinem Vortrage geht hervor, daß Bohl das Leben eines radikalen Abenteurers geführt hat. Er gehörte verschiedenen Freikorps an und gelangte 1924 schließlich in den Dienst der Hamburger Schutzpolizei.

Bohl ist ein Fanatiker, der seine Tat als Martyrium zum Nationalsozialismus empfindet.

Ueber die Motive, die ihn zum Attentat veranlaßten, äußert sich der Angeklagte in einer Weise, die seine unglaubliche Unreife kennzeichnet. Er habe sich über die freundliche Art Lassally, der ihn wegen seiner Untrübe in rechtsradikalen Kreisen disziplinarisch zu vernehmen hatte, geäußert, denn freundliche Leute seien immer hinterlistig. Wenn Lassally ihn beschimpft hätte, wäre es ihm lieber gewesen. Während sei er darüber geworden, daß der Regierungsrat ihm nicht die Namen derer angegeben habe, die ihn wegen seiner politischen Gesinnung beobachtet hätten. Er habe daher erkannt, „daß die Demokraten ihn ins Zuchthaus bringen wollten“ und habe sich dagegen gewehrt, daß ein Jude einen Deutschen in solcher Weise vernehmen dürfe.

Selbst der nationalsozialistische Verteidiger Bohl mußte zugeben, daß sein Mandant nicht immer ernstzunehmen sei.

Weiter sagte Bohl, er habe sich in der letzten Zeit mehr von den Nationalsozialisten getrennt, da ihm sogar Hitler noch zu legal erscheine. Zu diesem Charakterbild paßt die Feststellung, daß Bohl sowohl nationalsozialistische wie kommunistische Organe las. Er selbst bezeichnet sich als politisches Kind. Wichtig für die Verantwortlichkeit bei der versuchten Ermordung ist, daß er in der Nacht vor dem Anschlag durchgezogen hat, erst 10 Uhr morgens von einer Anekdote heimkehrte und mittags ½1 Uhr den Anschlag im Polizeipräsidium verübte.

Die Dienstpistole hat er schon drei Tage vorher in der Mantel-lasche verborgen gehalten.

Zum Attentat selbst bemerkte er, daß es ihm nicht gepaßt habe, vor diesem jüdischen Republikaner stehen zu müssen. Als Lassally gefragt habe, ob er noch etwas zu sagen habe, hätte er ihm eine Ohrfeige geben wollen, dann habe er zur Pistole gegriffen. Bohl gibt zu, daß er nach dem ersten Schuß habe weiterfeuern wollen, will aber nicht die Absicht gehabt haben, seinen Vorgesetzten zu töten. Diese Aussage steht im Widerspruch zu seinen früheren Bekundungen. Aus Briefen Bohl's geht hervor, daß er dem Alkohol die Hauptschuld an seiner Tat zuschreibt. Für die politische Verbildung ist bemerkenswert, daß er gleich nach der Tat eine Glückwunschkarte erhielt, die die Worte enthielt: „Für dich ist gesorgt, nieder mit der Judenrepublik!“

Ein Deutscher Denkmäler-Tag, verbunden mit einer Denkmäl-Industrie-Schau und einer Berufspädagogischen Ausstellung findet vom 2. bis 4. Oktober in Frankfurt a. M. statt.

Elfjährige verschwunden.

Suche nach der Tochter des Bäckermeisters.

Das seltsame Verschwinden einer 11 Jahre alten Schülerin Hertha Mehnert aus der Prinz-Friedrich-Leopold-Straße in Nikolassee beschäftigt zur Zeit die Mordkommission. Man hat von dem Kinde noch keine Spur gefunden.

Das Mädchen besuchte die 8. Volksschule in Schloßenteich. In der letzten Zeit war sie mit den Schularbeiten nachlässig gewesen und hatte sie manchmal auch gar nicht gemacht. Der Lehrer wies sie deshalb an, ihren Vater, den Bäckermeister Rieghner, zu einer Rücksprache zu bestellen. Am Donnerstag, dem Tage, an dem das Kind verschwand, hatte die Unterredung mit dem Lehrer stattgefunden. Als Hertha aus der Schule nach Hause kam und das Geschäft betrat, waren ihre Eltern nicht zugegen, da sie sich nach der Nacharbeit zum Schlofen hingelegt hatten. Hertha bekam den Auftrag, eine Torte wegzubringen, von diesem Gang ist sie nicht zurückgekehrt.

Breslau unter Hochwasser.

Mehrere Stadtteile überspült.

Breslau, 29. September.

Am Dienstag mittag hat der Scheitel der Hochwasserwelle Breslau erreicht. Die östlichen und südlichen Außenbesitze der Stadt sind zum Teil erheblich unter Wasser gesetzt. Einige Ortschaften sind nur noch mit Rähnen zu erreichen. Die Ueberflutung ging so rasch vor sich, daß Bewohner verschiedener Ortschaften, die am Morgen auf dem Wege zur Stadt noch die trockenen Straßen benutzten, im Laufe des Nachmittags bereits auf Rähnen in ihre Dörfer zurückgebracht werden mußten.

Streit in zwei Berliner Schulen.

In zwei Berliner Schulen ist es gestern als Protest gegen die von der Stadt auf dem Gebiet des Schulwesens durchgeführten Sparmaßnahmen zu Schulstreiks gekommen. In der Gemeindegemeinschaftschule in der Marienstraße sind von rund 1200 Kindern 1150 heute nicht zum Unterricht erschienen. Der Grund ist darin zu suchen, daß zwei Klassen dieser Schule nach einer anderen Gemeindegemeinschaftschule versetzt werden sollen, weil ihre Schülerzahl nur noch gering ist. Bei der zweiten Schule, in der gestreikt wird, handelt es sich um eine Hilfsschule in der Seestraße mit ungefähr 100 Kindern, die sämtlich dem Unterricht ferngeblieben sind. Bei dieser Hilfsschule sollen drei Junglehrer zur Entlassung kommen und die Kinder sollen einer anderen Hilfsschule überwiesen werden. Zur Zeit finden Besprechungen in der Schulverwaltung statt, in denen darüber beraten wird, wie man dem Schulstreik begegnen kann.

Jüterbogger Attentäter verhaftet?

Stendal, 29. September.

Die Stendaler Polizei verhaftete am Dienstag den 30 Jahre alten Schuhmacher Lamprecht aus Stendal wegen eines Fahrrad-diebstahls. Dabei gestand der Verhaftete eine Beteiligung an dem Eisenbahnattentat in Jüterbog ein. Lamprecht, der Kommunist ist, ist schon mehrfach vorbestraft. Er will gegen eine Bezahlung von 300 M. an der Vorbereitung und Durchführung des Attentats beteiligt gewesen sein. Der Selbstbeziehungung Lamprecht's stehen hier noch starke Zweifel entgegen, da im Reiche eine Reihe von ähnlichen Selbstbezeichnungen erfolgt sind.

Drachengold und Opium. Das neue Programm des Planetariums läuft ab Dienstag, dem 29. September, und bringt in den Vorstellungen 6.15 und 9 Uhr den Film: „Drachengold und Opium“.

Gurgel trocken...
mit **Wobmel**
Wobmel schützt Dich also Jahr
vor Erkältung und Katarrh!

QUANTMEYER
WILHELMSTR. 55 & ECKE
an der Leipziger Straße

zeigt jetzt eine Linoleumschau in 6 Fenstern

— dazu ein Sonderangebot für Alle, die sparen wollen

Brest-Litowfser Methoden Japans.

Friedensbereite Separatisten, „Regierungen“ in der Mandschurei.

Tokio, 29. September.

Nach einer amtlichen japanischen Meldung aus Charkbin hat sich in Kira eine Provinzregierung gebildet, die sich bereit erklärt hat, mit der japanischen Regierung Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Vertreter der Provinzregierung sollen nach Japan unterwegs sein.

Auch in Mufden?

Moskau, 29. September.

Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Mufden hat sich auch dort eine Provinzregierung gebildet. Die Regierung erklärte, daß sie bereit ist, mit Japan sofort Friedensverhandlungen einzuleiten unter der Bedingung, daß das japanische Oberkommando sämtliche Waffen, die von den Japanern beschlagnahmt wurden, der chinesischen Armee wieder ausliefere. Eine Stellungnahme Tokios ist noch unbekannt.

Das sind also jene „direkten“ Verhandlungen mit den Chinesen, zu denen sich Japan im Völkerbündnis bereit erklärt hat! Man besticht einige Beamte und Generäle in der Mandschurei, damit sie sich als „Regierung“ konstituieren und ihre Bereitwilligkeit erklären, „Friedensverhandlungen“ mit dem Eindringling zu führen. Einen ähnlichen Schwindel hat Sowjetrußland vor zwei Jahren in der Mandschurei auszuführen versucht; auch damals waren die Militärbehörden in der nördlichen Mandschurei angeblich zu Friedensverhandlungen mit Moskau und unabhängig von Nanking „bereit“.

Gelernt haben es diese Imperialisten vom kaiserlichen Deutschland, das in Brest-Litowf im Frühjahr 1918 eine „ukrainische Regierung“ ins Leben rief, deren Mitglieder ein paar Jünglinge waren, die kein Mensch kannte und die von niemanden ein Mandat befahlen. Mit diesen Agenten des deutschen Generalstabs wurde ein „Friedensvertrag“ zwischen den Zentralmächten und der „ukrainischen Volksrepublik“ abgeschlossen. Damit konnte man eine Zeit lang das deutsche Volk täuschen, aber die Geschichte ist über diesen Schwindel bald hinweggeschritten. Hoffentlich wird es auch Japan in der Mandschurei so ergehen.

Schluß in Genf.

Völkerbündnisrat gefürzt. — Rüstungsfeierjahr empfohlen.

Genf, 29. September. (Eigenbericht.)

Die 12. Vollversammlung des Völkerbündnisrats wurde am Dienstag beendet. In ihrer Schlußsitzung hatte die Vollversammlung noch zwei unangenehme Fragen zu erledigen: die der Finanzen und der Abrüstung. Das mit 36 Millionen Schweizer Franken aufgestellte Budget ist endgültig auf 33,7 Millionen herabgesetzt worden. Davon entfallen 19 Millionen auf das Sekretariat. Nochmals wurde festgestellt, daß energische Maßnahmen gegen die ständigen Ueberschreitungen der Bausumme für den neuen Völkerbündnisratpalast nötig seien. Ein Teil der Verantwortung dafür falle auf den Völkerbund selbst, der den Bau fünf Architekturen verschiedener Nationalität anvertraut habe. Es müsse eine Einheit der Direktion hergestellt werden. Die Kontrollkommission bekam den Auftrag, für die Einhaltung der bewilligten Bausumme zu sorgen.

Madriaga-Spanien berichtete über die von der dritten Kommission angenommene Entschlieung für ein Rüstungsfeierjahr, die elastisch genug sei, um ohne Schwierigkeiten verwirklicht werden zu können. Lord Cecil hätte mehr gewünscht, aber immerhin sei ein gewisser Fortschritt erzielt worden. Auch Marinis-Italien erklärte an, daß der Rüstungsstillstand in der Form der Entschlieung einen wohlthätigen Einfluß haben werde. Dagegen erklärte Rastigli-Frankreich, die Entschlieung könne niemand voll befriedigen. Man müsse aber ihren moralischen Wert festhalten. Man müsse hoffen, daß die Staaten den Stillstand auch respektieren und bezüglich seiner Anwendung keine peinlichen Streitigkeiten hervorrufen.

Ratspräsident Serruys gab dann noch einen Ueberblick über den chinesisch-japanischen Konflikt, den der Rat in gute Weise gelenkt habe und bis zur völligen Lösung verfolgen werde. Titulescu schloß die Tagung mit der Feststellung, daß entgegen dem vorangegangenen Befehnis die Verbesserung gelebt und große geleistet habe.

Presse und Abrüstung.

Genf, 29. September. (Eigenbericht.)

Der Völkerbündnisrat hielt am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab, in der eine große Reihe von Berichten über die Arbeit der Vollversammlung angenommen wurden. Darunter befinden sich auch die über die Mitarbeit der Frauenorganisationen und der Presse an der Abrüstung. Der Generalsekretär wurde beauftragt, mit den Presseorganisationen in Verbindung zu treten, die auf dem in diesem Winter in Kopenhagen stattfindenden Kongreß der Regierungs-Pressebüros vertreten sein werden. Das Ziel ist, falsche Meldungen ohne Anstaltung der Pressefreiheit auszuschalten.

Die nächste Ratstagung findet am Mittwoch statt.

Amerika spart an der Marine, baut aber weiter.

Washington, 29. September.

Von hoher Regierungsstelle wurde heute angekündigt, daß die öffentlichen Ausgaben auf das Mindestmaß beschränkt werden würden, um so das mögliche zur Herstellung des Budgetgleichgewichts zu tun. So werde man den Etat des Marineamtes, das für das nächste Jahr einen Betrag von 400 Millionen Dollar angefordert hat, um 60 Millionen Dollar kürzen, und zwar durch Einsparungen mittels Reorganisation innerhalb der Flotte und nicht durch Aufgabe der zur Zeit im Gang befindlichen Neubauten.

Man werde im Gegenteil, um die Arbeitslosigkeit (!) bei den Werften möglichst zu verringern, das Schiffsbauprogramm um 15 Millionen Dollar erhöhen, aber die Gesamtausgaben des Marineamtes mit 340 Millionen Dollar begrenzen. Zwar bleibe, wie gesagt worden ist, die Neubautätigkeit der Marine auch dann noch erheblich unter den in der Londoner Konferenz vereinbarten Tonnagezahlen, aber die Regierung müsse vor allem ihre eigene Finanzlage berücksichtigen und das Budget so einzurichten suchen, daß die Steuerzahler nicht allzu sehr belastet werden.

Scharfe Kritik wurde an gewissen Marineoffizieren im Marineamt geübt, die durch den Flottenverehr und auf anderen Wegen ihren Kampf gegen die Sparpolitik Hoovers in die Presse tragen. Es wurde erklärt, daß lediglich die Regierung und das Volk und nicht die Mitglieder der Ministerien über die Ausgaben zu bestimmen hätten.

Märchen.



Da kam die böse Fee, die war wütend, daß man sie nicht zur Kindstaufe eingeladen hatte, und tobte: „Das Kindlein soll sich an meiner Spindel stechen und in einen hundertjährigen Schlaf versinken!“

Laval über das Berliner Ergebnis.

Erklärungen vor den französischen Pressevertretern.

Von besonderer Seite wird uns berichtet:

In französischen Kreisen, die den soeben abgeschlossenen Berliner Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern nahestanden, wird erzählt, daß der Vertreter eines der größten Pariser Blätter am Montagabend in Gegenwart einer Reihe seiner Kollegen zu Herrn Pierre Laval die Bemerkung gemacht haben soll, daß in dem offiziellen Abschlußkommuniqué weniger stünde, als man am Tage vorher schon gewußt habe, und daß der französische Ministerpräsident darauf ungefähr folgendes geantwortet habe:

„Ich bestreite das energisch. Sicherlich, die Tonart des Kommuniqués hat nichts Sensationelles, nichts Pathetisches: aber das ist mit voller Absicht so gemacht worden. Wer sich nichts vormachen wollte, der wußte von vornherein, daß wir hier zu keinen gewaltigen neuen Abmachungen kommen konnten, sondern daß es sich vor allem darum handelte, die Bildung der französisch-deutschen Kommission endgültig zu beschließen, die den ausdrücklichen Auftrag hat, sich an die Arbeit zu machen, und zwar rasch, das heißt in den nächsten zwei Wochen. Das Wichtigste an der Reise nach Berlin besteht letzten Endes in der Tatsache, daß sie stattgefunden hat. Das mag vielen mager erscheinen, und vor allem viel zu wenig im Vergleich zu der auch uns bewußten Dringlichkeit der Probleme, die sich überall und besonders auf dem Boden der deutsch-französischen Beziehungen stellen. Was mich betrifft, so halte ich dieses Resultat

zwar für bescheiden, aber gerade deshalb für fruchtbar.

Sch bin nun einmal fest davon überzeugt, daß Versuche, gleich eine ganze Reihe von Problemen auf einmal zu lösen, unter den gegebenen Umständen zum Mißlingen verurteilt sind und daß infolgedessen dann in den deutsch-französischen Beziehungen keine Verbesserung, sondern nur eine Verschlechterung eintreten könnte. Das würde ich für gefährlich halten. Denn ohne daß ich mir Illusionen mache über die Schwierigkeiten, die es noch zu überwinden gilt, um zwischen Frankreich und Deutschland jene aus vollem Vertrauen der gesamten Bevölkerung beider ruhenden Beziehungen herzustellen, die unser Ziel sein müssen, so muß doch jetzt schon alles gesagt werden müssen, um diesem Ziel näher zu kommen. Zwischen Deutschland und Frankreich gibt es noch eine ganze Reihe von Fragen, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen, oft sogar ziemlich tiefgehende. Sich das zu verbergen wäre Selbsttäuschung. Aber ich glaube, daß es auf die Dauer möglich sein wird,

auch für die schwierigsten Fragen gemeinsam vereinbarte Lösungen zu finden.

Und ich habe die Empfindung, daß unsere Reise nach Berlin und die hier stattgehabten Besprechungen, obgleich sie nur die Schaffung der neuen Kommission zum sofort greifbaren Resultat haben, in dieser Beziehung eine unerlässliche Vorarbeit bilden. Gerade weil es darauf ankam, unsere Vereinbarungen nicht als etwas Gewalttätiges hinzustellen, haben wir dem Kommuniqué einen beinahe trüben geschäftsmännischen Charakter gegeben. Daraus schließen zu wollen, daß wir selber unseren Arbeiten keinerlei große Bedeutung zumessen, wäre ein tiefer Irrtum.“

Ueber das Funktionieren der neuen Kommission befragt, hat Pierre Laval erklärt: „Sie zeichnet sich von Vorgängerinnen vor allem dadurch aus, daß sie

unter direkter Verantwortung der beiden Regierungen

sieht, die wohl die mit der Bearbeitung der Wirtschaftsfragen beauftragten Kabinettsmitglieder als ihre Mandanten an die Spitze der Kommission stellen werden. Deshalb wird sie zwei Präsidenten-

ten haben. Der deutsche Vorsitzende wird das Präsidium übernehmen, wenn die Kommission in Berlin tagt, der französische, wenn sie ihre Sitzungen in Paris hat. Im selben Sinn werden zwei Generalsekretäre als permanentes Organ funktionieren.“

Die Kommission hat selbstverständlich vor allem beratender Charakter,

da die beiden Regierungen für die letzte Beschlußfassung ihre vollen Rechte behalten, da sie jedoch an den Beschlußfassungen ja wohl vorher schon in direktester Weise beteiligt waren, werden die Schlußfolgerungen und Vorschläge, zu denen die Kommission gelangt, eine ganz außerordentliche Bedeutung haben. Das Tätigkeitsgebiet der Kommission ist auf die rein wirtschaftlichen Fragen beschränkt: aber dieses Gebiet ist ja riesengroß. Deshalb fällt auch das Reparationsproblem als solches nicht in die Kompetenz der Kommission: denn wenn es darüber etwas zu diskutieren geben wird, sind dafür die Regierungen selber da.“

So vorsichtig diese Erklärungen auch klingen und so sehr sie, zum Teil wenigstens, dazu bestimmt gewesen sein mögen, einzelne besonders mißtrauische Vertreter großer französischer Organe davon zu überzeugen, daß mit Vorsicht vorgegangen werden soll, so geht doch selbst aus ihnen hervor, daß die neue Kommission, die dazu berufen ist, sämtliche Wirtschaftsprobleme, die durch die Ereignisse zwischen den beiden Ländern aufgeworfen werden, zu prüfen, durch den Gang der Ereignisse auch zur Aussprache und eventuell zu praktischen Vorschlägen in bezug auf Fragen geführt werden kann, die mit dem Gesamtkomplex der Reparationen eng zusammenhängen. Die große Frage ist nur die, ob die Ereignisse sich rascher entwickeln werden, als etwa die Kommission sich tätig erweisen wird.

Herzliche Worte in Aachen.

Aachen, 29. September.

Die französischen Minister haben mit dem fahrplanmäßigen Zuge kurz vor 17 Uhr Deutschland verlassen. Auf dem Bahnsteig Aachen hatten sich, wie bei der Hinfahrt, die französische und die belgische Kolonie zahlreich eingefunden. Da gleichzeitig ein weiterer internationaler Zug einlief, wohnte auch zahlreiches deutsches Publikum dem kurzen Aufenthalt bei. Den planmäßigen Aufenthalt zu Rangierzwecken benutzte Ministerpräsident Laval, um sich auf dem Bahnsteig mit den offiziellen Vertretern Frankreichs und Belgiens zu besprechen. Briand blieb am Fenster. Beiden wurden zahlreiche Blumensträuße überreicht. Der Vertreter des sozialdemokratischen „Volksfreund“ hat Laval um eine Aeußerung. Laval antwortete:

Briand und ich sind mit dem Empfang in Deutschland und besonders durch den Reichskanzler außerordentlich zufrieden, und wir hoffen, daß unsere Reise der Annäherung der beiden Völker dienen wird!

Am Verlauf des Gespräches teilte Laval seiner Umgebung mit, daß er vom Zuge aus ein Telegramm an Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet habe. Zum Schluß reichten die Herren vom Fenster des Salonwagens aus Legationssekretäre von Rum, ihrem deutschen Ehrenbegleiter bis zur Grenze, die Hand und verabschiedeten sich in herzlicher Form. Als der Zug sich in Bewegung setzte, brach die anwesende Menge in begeisterte Schreie auf die beiden Minister aus.

Erste Rückwirkungen: Zwei Hehlfilme in Frankreich verboten.

Paris, 29. September.

Seit einigen Wochen lief in verschiedenen Pariser Lichtspieltheatern der berüchtigte Hehlfilm amerikanischen Ursprungs „Engel der Hölle“, in dem die deutschen Frontsoldaten als grausame und rohe Bestien dargestellt wurden. Dieser Film ist nunmehr auf Vorstellungen der deutschen Botschaft beim französischen Außenministerium für ganz Frankreich verboten worden und verschwindet mit dem heutigen Dienstag von den Programmen. Ebenso hat die französische Zensur von sich aus den deutsch-feindlichen Kolonialfilm „Ramba“ untersagt.

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde vom Reichsgericht der kommunistische Redakteur Otto Wabls aus Essen zu einem Jahre Festungshaft verurteilt. Der gleichfalls angeklagte kommunistische Reichstagsabgeordnete Käbel hat es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die Verhandlung gegen ihn mußte vertagt werden.

Volkstheater.

Robert Adolf Stemmler: „Kampf um Rißch.“

Ritten in Janglehrertragödien und Schußstreik plagt dieses herzhafteste Stück hinein. Es war ein außerordentlich starker Erfolg, an dem besonders die Schuljugend, die auf der Bühne mitspielte, beteiligt war, die Jungen und Mädchen von der Heinrich-Zille-Schule in Neukölln und die Schüler von der Gothenburger Schule am Wedding. Diese hoffnungsvolle Jugend auf der Bühne zu sehen, wie sie für ihr eigenes Schicksal warb, das war erheben und rührend.

M. H.

Schnaps wichtiger als Kartoffeln.

Standal um das Branntweinmonopol.

Der Beirat der Reichsmonopolverwaltung hat das Brennrecht auf 70 Proz. festgelegt. Das ist die kurze und knappe Meldung. Dahinter steckt ein ungeheurer Standal. Es werden also auch in diesem Jahre 1,7 Millionen Hektoliter Spirit gebrannt. In den Tanks der Monopolverwaltung aber liegen noch 2 Millionen Hektoliter; sie sind nicht zu verkaufen. Der Jahresabsatz, Motorspirit ausgenommen, beträgt höchstens 1,3 Millionen Hektoliter. Was will man mit dem Spirit anfangen? Er belastet die Monopolverwaltung und kostet das Reich viel Geld.

Die Sozialdemokratie hat den Vorschlag gemacht, in diesem Jahre überhaupt keine Kartoffeln zu brennen. Man könnte die Kartoffeln den Brennereigütern abkaufen und

an die Erwerbslosen kostenlos verteilen.

Dieser Vorschlag hätte das Reich finanziell nicht belastet. Das Branntweinmonopol wäre aber auf diese Weise endlich janiert worden. Es wäre in die Lage versetzt worden, der Reichskasse die geliehenen Millionen zurückzugeben, und das Reich hätte es nicht notwendig, dem Branntweinmonopol neue Kredite zuzuleihen. Der Schwerpunkt des ganzen Vorschlags liegt aber darin, die Erwerbslosen während des Winters nicht hungern zu lassen. Den Interessententrettern, die das große Wort im Beirat der Reichsmonopolverwaltung führen, hat dieser Plan aber nicht gepasst und leider hat die Reichsregierung alles versäumt, um eine dem Volkswohl dienende Lösung der Spiritusfrage durchzuführen. Das Monopol, das bereits auf ungeheuren Mengen festliegt, wird im kommenden Jahre seine Lagerbestände aufs neue erhöhen müssen. Man wird wieder alles mögliche versuchen, um den Absatz von Spirit künstlich zu heben.

Schon vor ein paar Tagen hat man den Beimischungszwang von Spiritus zum Benzin bzw. Benzol von 3,5 Proz. auf 6 Proz. erhöht.

Damit soll der Absatz von Motorspirit auf 1 Million Hektoliter gesteigert werden. Selbst wenn diese 1 Million Hektoliter abgenommen wird, womit aber nicht auf jeden Fall zu rechnen ist, da der pflichtmäßig zu übernehmende Motorspiritus gegen eine Entschädigung von 7,50 M. pro Hektoliter an die Monopolverwaltung zurückgeliefert werden kann, werden doch nur 2,4 Millionen Hektoliter Spirit im nächsten Jahre verbraucht. Am Jahresende wird die Monopolverwaltung wieder Bestände in Höhe von zum mindesten 1,3 Millionen Hektoliter haben. Die Defizitwirtschaft geht weiter. Die Arbeitslosen aber hungern.

Um die Kraftverkehrsbranche durch die Erhöhung des Beimischungszwanges auf 6 Proz. nicht aufs neue zu belasten, ist

der Abgabepreis für Motorspiritus von 70 M. auf 50 M. ermäßigt

worden. Diese Preisenkung, von der man viel Reden gemacht hat, soll durch eine entsprechende niedrigere Festsetzung des Uebernahmepreises, d. h. des Preises, den die Monopolverwaltung an die landwirtschaftlichen Brennereien zahlt, ermöglicht werden. Der Beirat hat aber beschlossen, für 45 Proz. des Brennrechts, also für 1,1 Millionen Hektoliter, den außerordentlich hohen Uebernahmepreis von 56 M. je Hektoliter — im vorigen Jahre waren es 53 M. — und nur für 25 Proz. des Brennrechts, also 600 000 Hektoliter, einen Uebernahmepreis von 37 M. pro Hektoliter festzusetzen. Der Spiritus, der zu niedrigem Preis übernommen wird, soll als Motortreibstoff abgesetzt werden. Bei dieser Preisfestsetzung muß aber die Monopolverwaltung bei der Abgabe von Motortreibstoff wahrscheinlich noch Geld zusehen; denn ihre Regiekosten dürften sehr wahrscheinlich mehr als 13 M. je Hektoliter betragen. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Monopolverwaltung, die schon in den letzten Jahren zu wünschen übrig gelassen hat, wird also im nächsten Jahre noch schlimmer aussehen.

Außerdem ist es

eine grobe Irreführung,

wenn behauptet wird, daß durch die Erhöhung des Beimischungszwanges niemand belastet wird. Man mag rechnen wie man will, immer bleibt es dabei, daß das Reich erhebliche Summen durch die Erhöhung des Beimischungszwanges verliert. Werden 400 000 Hektoliter Spirit zusätzlich als Motortreibstoff verwendet, so sinkt die Benzineinfuhr entsprechend. Das muß sich natürlich in einer Verringerung der Zolleinnahmen in Höhe von etwa 6,3 Millionen Mark auswirken. Der Gesamtbeimischungszwang aber von 1 Million Hektoliter Spirit bedingt eine verringerte Zolleinnahme von 16 Millionen Mark. Um 2000 ostelbischen Großgrundbesitzern Subventionen über das Branntweinmonopol zuzuschicken, muß das Reich auf diese Millionen, die es gut gebrauchen könnte, verzichten.

Im Beirat der Monopolverwaltung haben die landwirtschaftlichen Interessenten zu bestimmen. Das erklärt die Beschlüsse, die dieser Beirat faßt. Daß aber die Reichsregierung in der jetzigen Notzeit derartige Beschlüsse verwickelt, ist schon mehr als Verantwortungsllosigkeit. Dazu paßt, daß die Interessenten die Verringerung der Branntweinsteuer fordern, um den Schnapskonsum zu beleben. Hier sehen sich die Großagrarien einmal für die Konsumenten ein. Aber das ist auch danach. Man hat sein Herz für den Schnapskonsum entdeckt. Aber hungernde Arbeitslose diesen Winter mit Kartoffeln zu versorgen, daran denkt man nicht.

Goldwährungssysteme sehen kann. Tatsächlich sind ja auch heute die Goldwährungen nicht weiter als „durch Gold regulierte“ Papierwährungen. Wenn aber die Notenbanken sich in ihrer Geldpolitik über das Ausmaß der Vermehrung oder Verknappung der Zahlungsmittel einigen, dann kann man die Papierwährungen auch ohne Gold regulieren. Die Wechselkurse werden auch dann stabil bleiben; allerdings wird ein großes Land, etwa England, dabei die Führung übernehmen müssen.

Sowohl Cassel. Sicher ist es richtig, daß der Wert des Geldes nicht von dem Goldbetrag, der die Noten deckt, abhängt. Das ist ja eine Erfahrung, die wir erst kürzlich machten, als bei der Reichsbank vorübergehend die Deckungsgrenze unterschritten wurde. Und das vorgeschlagene Projekt eines internationalen Papierwährungssystems ist vielleicht zu verwirklichen, wenn — sich die Notenbanken einigen.

Aber das Wichtigste hat Cassel übersehen und die Kapitalisten aller Länder bemühen sich mit Fleiß, hier falsch zu leben. Die Krise kommt von der Produktionsseite her und die Geld- und Goldschwierigkeiten sind die Folge. Der Preissturz aller Rohstoffe ist ausnahmslos durch Ueberproduktion entstanden. Und die kapitalistischen Interessen sind es, die Frankreich und die Vereinigten Staaten hindern, in großem Umfange Kapital zu exportieren, ihre Schulden aufzugeben und soviel zu kaufen, daß ihre Handelsbilanz passiv wird. Die Weltwirtschaftskrise ist nicht in erster Linie eine Geldkrise (Goldkrise), sondern eine Krise der Zahlungsbilanzen. Eine Durchführung des Casselschen Vorschlags würde also nichts ändern, da ja auch er den Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch Gold vorsieht. Daß aber dauernd die Zahlungsbilanzen Frankreichs und der Vereinigten Staaten aktiv sind, das eben ist eine Folge des kapitalistischen Systems, genauer eine Folge der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals über die Wirtschaft.

Unternehmer appellieren!

„Die Regierung absolut, wenn sie unsern Willen tut.“

Die Spitzenverbände des Unternehmertums in Deutschland aus der Industrie, dem Bankgewerbe, dem Handwerk, dem Einzel- und Großhandel und dem Grundbesitz, der natürlich nicht fehlen darf, haben an die Reichsregierung einen Appell gerichtet, „in voller Unabhängigkeit von Interessenten- und Parteipolitik sofort zur Rettung der deutschen Wirtschaft aus der Erschöpfungstriebe vorzugehen“.

Zunächst entbehrt es nicht eines pikanten Reizes, daß

diese Versammlung von Interessentenhäusern und -höfchen

an die Regierung appelliert, sich von Interessentenpolitik unabhängig zu machen. Die schönen Worte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesem Appell sämtlicher Unternehmerverbände sich der brutalste Interessentenstandpunkt breit macht, der sich denken läßt. Natürlich steht unter den Forderungen in erster Linie ein weiterer umfangreicher Abbau der Ausgaben und der Aufgaben der gesamten öffentlichen Verwaltung. Daß heute schon ganze Industriezweige, so besonders das Baugewerbe, durch das Verziehen des Auftragsquells der öffentlichen Verwaltung nahezu ruiniert sind, spielt für die Herren Antragsteller natürlich keine Rolle. Selbstverständlich fehlen auch nicht die Forderungen auf Senkung der Steuern und nach gänzlicher Befreiung der Hauszinssteuer, als ob der Staat eine derartige Selbstmordpolitik treiben könne in der Zeit der schwersten Krise, und der Aussicht auf einen fürchterlichen Hungerwinter die öffentlichen Einkünfte zu senken, von denen er für die Erhaltung der Millionen Erwerbslosen jeden Pfennig braucht.

Die dritte Forderung, die in diesem Kreise nicht vermehrt werden kann, zielt auf einen neuen Abbau der Löhne ab, Höflicherweise vermeiden die Appellanten das Wort Lohnabbau und umschreiben diese Forderung mit „Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse“. Voraussetzung sei natürlich für eine individuelle Lohngestaltung eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die die Institution der Verbindlichkeitsklärung beseitigt und die eigene Verantwortung der Parteien wieder hergestellt wird. Die Forderung, die Löhne den „gegebenen Wettbewerbsverhältnissen“ anzupassen, heißt natürlich auf deutsch, die innerdeutschen Arbeitseinkommen den

durch den Währungssturz entwerteten Löhnen der englischen Arbeiter

anzupassen. Man will also die Pfundentwertung in England und die Aufhebung der Goldwährung in den skandinavischen Ländern zu einem neuen und offenbar anhaltenden Lohndruck ausschlagen. Dabei liegt es auf der Hand, daß man Währungsreform im Auslande auf keinen Fall durch Lohndruck ausgleichen kann. Der Versuch, gegen ein Salutadumping durch Lohnabsenkungen anzukämpfen, bleibt ein ebenso hoffnungslos wie gefährliches Unterfangen.

Wenn die vereinigten Unternehmerverbände angesichts der offensichtlich Verfallserscheinungen und des Verfallens des Unter-

System der Papierwährungen?

Professor Cassel über Gold und Krise.

Der schwedische Nationalökonom Gustaf Cassel, Sachverständiger des Völkerbundes in Währungsfragen, sprach am Montagabend im Radio über die durch die jüngsten Ereignisse so aktuell gewordenen Fragen des Goldes und der Währungen.

Er führte etwa aus, daß die Welt seit der Erschütternde Krise in Wahrheit eine Krise des Geldwesens ist. Die Krise ist entstanden aus der außerordentlich gestiegenen Nachfrage nach Gold. Da bisher fast alle Währungen der Welt ihren Notenumlauf von der Höhe des Goldbestandes bei den Notenbanken abhängig hielten, so führte der Goldverlust zu einer Verknappung des Notenumlaufs, damit zu einer Herabsetzung der Preise (Deflation), die allmählich ganze Wirtschaftszweige lahmlegte. Da die eintretende Verknappung des Goldes schon im Jahre 1920 zu erkennen war, so wurde eine Zeitlang eine sparsame Politik in der Bewirtschaftung des Goldes geführt. Der Umlauf von Goldmünzen wurde überall beseitigt, und die Notenbanken suchten durch Kooperation (Zusammenarbeit) der Verknappung des Goldes entgegenzuwirken.

Das änderte sich etwa im Jahre 1928, als die Vereinigten Staaten und Frankreich begannen, in steigendem Maße Gold an sich zu ziehen. In drei Jahren etwa sind an beide Länder Goldmengen in Höhe von zwei Milliarden Dollar gestossen, was einen Goldverlust bei den anderen Ländern von etwa 25 Prozent ihres Bestandes verursachte. Das Preisniveau aber hat sich seit 1928 fast im gleichen Ausmaß, nämlich um 25 bis 30 Prozent, ermäßigt.

Australien und Südamerika sind bereits im vorigen Jahre in Schwierigkeiten geraten. Deutschland folgte im Mai bis Juni dieses Jahres; die akute Krise wurde durch den Abschluß des Stillhalte-Abkommens überwunden. Jetzt ist England nachgezogen und hat die skandinavischen Länder mit sich gerissen. Das sind Folgen, die die Gläubigerländer Frankreich und Vereinigte Staaten sicher nicht erwartet haben.

Was ist zu tun? Vor allem muß man (auch die Notenbanken) sich darüber klar werden, daß der Wert des Geldes nicht vom Gold, sondern von der Knappheit des Notenumlaufes abhängt. Die Zahlungsmittel brauchen gar keine Deckung, weder in Gold noch in Silber; man muß nur die Umlaufmenge regulieren. Die Goldreserven der Notenbanken ist nur dazu da, zufällige Unausgeglichenheiten der Zahlungsbilanz auszugleichen. Wenn sich aber in einem Lande Goldmengen anhäufen, dann muß dieses Land sie zur Stärkung seiner Kaufkraft verwenden; es muß in erhöhtem Maße Kapital ausführen; es muß aber auch durch verstärkte innere Kaufkraft den Charakter seiner Handelsbilanz ändern, also vom Export zum Importland werden. Nur so ist ein Ausgleich zu erreichen.

Alle neu ausgetauchten Pläne eines zinslosen Geldes oder eines durch Silber gedeckten Geldes sind dilettantisch. Wenn aber Frankreich und die Vereinigten Staaten an der egoistischen Goldpolitik festhalten, dann wird man sich in den anderen Ländern überlegen müssen, ob man nicht ein internationales Papierwährungssystem an die Stelle des

SALAMANDER FUSSARZT

hilft dem kranken Fuss,
schützt den empfindlichen,
erhält den gesunden gesund.



15⁵⁰

18⁵⁰



SALAMANDER

nehmers von der „erleierten schäpferischen Lebenskraft der freien Wirtschaft und des nötigen sozialen und wirtschaftlichen Verfassens aller kollektivistischen Versuche“ zu sprechen mögen, so wird ihnen aus der deutschen Öffentlichkeit ein höherer antworten.

Zum Schluß nimmt der Appell eine drohende Sprache an. Da heißt es: „Wenn die Regierung in der gekennzeichneten Richtung schnell handelt, dann, aber auch nur dann, kann sie der Besorgnis aller verantwortungsbewußten, an die Zukunft des deutschen Vaterlandes glaubenden deutschen Staatsbürger sicher sein.“

Man will also die Regierung nach dem alten vormärzlichen Rezept der Junter: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut!“ am Ruder lassen, ist aber sofort mit Drohungen zur Hand, falls das Kabinett Brüning nicht nach der Pfeife des Unternehmers tanzen will. Dies alles unter der Devise: „Unabhängig vom Interressenpolitik“.

Die Anleihe der Reichsbahn.

Auflegung vom 1. Oktober bis 31. Dezember.

Die Reichsbahn hat die in der letzten Amnestieverordnung angekündigte Anleihe für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember aufgelegt.

Der Hauptzweck dieser Anleihe ist, einen Anreiz für die Rückführung geflüchteten Kapitals zu schaffen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Amnestieverordnungen nur ganz geringfügige Ergebnisse gebracht haben. Die Regierung hofft, daß das geflüchtete Kapital eher zurückkehren wird, wenn seine Besitzer es nicht beim Finanzamt anzeigen müssen, sondern sich durch Zeichnung der Reichsbahnleihe von ihrer Verpflichtung befreien können. Zu diesem Zweck hat man die Anleihe mit einem Zinssatz ausgestattet, wie er in den Kapitalfluchtländern (Schweiz usw.) üblich ist (4 1/2 Proz.), aber von allen Steuern befreit. Trotzdem ist die Verzinsung nach deutschen Verhältnissen nur für Zeichner in den höchsten Einkommens- und Vermögensstufen verlockend. Aber der Hauptanreiz soll ja, wie gesagt, in der Amnestie bestehen. Ein weiterer Anreiz ist auch die Ausstattung der Anleihe mit Rückzahlungssicherheit und mit einer Feingoldklausel. Die Anleihe läuft nur verhältnismäßig kurze Zeit. Ihre Tilgung beginnt bereits im Jahre 1937 und läuft bis zum Jahre 1941.

Das Wichtigste ist, daß der Erlös der Anleihe restlos für die „Arbeitsbeschaffung zusätzlicher Art“ durch die Reichsbahn eine Subvention in der Form der niedrigen Verzinsung einer Anleihe gewährt unter der Bedingung, daß die Reichsbahn den Anleiherlös für Arbeitsbeschaffung verwendet. Mit dieser Regelung könnte man sich einverstanden erklären, vorausgesetzt, daß wirklich nur zusätzlich Aufträge erteilt werden. Jene, welche Bedeutung kann sie oder nur gewinnen, wenn wirklich ein nennenswerter Beitrag dabei herauskommt. Allzu hoch wird man aber nach allen bisherigen Erfahrungen angesichts der Vaterlandsliebe des Kapitals die Erwartungen nicht spannen dürfen.

Steigender Schweinebestand.

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts hat sich die Zahl der Schweine in Deutschland vom Juni bis zum 1. September um 2,8 Millionen auf 25,3 Millionen Tiere oder um 12,5 Prozent vermehrt. Der Bestand übertraf am 1. September dieses Jahres den zur gleichen Zeit des Vorjahres um 1,9 Millionen Tiere, oder um 8 Prozent.

Diese Vermehrung eröffnet angesichts der gesunkenen und weiter sinkenden Kaufkraft für den Schweinemarkt keine günstigen Aussichten. Vor dem Frühjahr nächsten Jahres ist mit einer Eindämmung der „Schweinepest“ nicht zu rechnen. Immerhin waren die Ferkel mit einer Vermehrung um 4 Prozent an der Bestandszunahme am geringsten beteiligt. Die Zahl der jüngeren Zuchtsauen hat sich um nahezu 250 000 Tiere oder um 30 Prozent vermindert, während die Zahl der älteren Zuchtsauen um 194 000 Tiere (um 13 Prozent) gestiegen ist. Auch bei den trächtigen Zuchtsauen hat die Zahl der jüngeren Tiere um 166 000 Stück (38 Prozent) abgenommen, während die der älteren Tiere nur um 41 000 Stück (5 Prozent) höher als im Vorjahre war.

Chemische Werke Brochhaus lanieren. Der Aufsichtsrat der Chemischen Werke Brochhaus A.-G. genehmigte den Jahresabschluss für 1930, der nach mehr als verdoppelten Abschreibungen von fast 360 000 Mark einen Verlust von über 436 000 Mark ausweist. Im vorübergehenden Jahr schüttete die Gesellschaft eine Dividende von 4 Prozent aus. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis 2:1 vorzuschlagen, so daß sich das Stammkapital von 4 auf 2 Millionen senkt. Da der Verlust nur wenig mehr als ein Zehntel des bisherigen Kapitals ausmacht, müssen in der Bilanz offenbar noch verschiedene Posten nicht bereinigt sein, wenn sich die Verwaltung so schnell zu einer Sanierung entschließt.

Wachsende Verlustwirtschaft im Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustriat. Die Umlage für August 1931 wird einschließlich Geschäftskosten des Syndikats mit 3,04 M. (im Vormonat 2,77 M.) je Tonne umlegspflichtigen Abjages erhoben. Unter Berücksichtigung des umlagerechten Teils der Verbrauchsbeteiligung stellt sich die Umlage je Tonne auf Verbrauchsbeteiligung auf 1,45 M. (1,30 M.). Die Steigerung liegt neben einem erheblichen Rückgang des Gesamtabjages in der Hauptsache in einer Verschiebung des Abjages vom unbestimmten zum bestimmbaren Gebiet bei gleichzeitiger weiterer Sinken der Erlöse. — Die Schleuder- und Verlustwirtschaft bei überhöhten Inlandpreisen geht also lustig weiter.

Lohnabbau im Ruhrbergbau!

Sieben Prozent auf Beschluß der Unparteiischen.

Dortmund, 29. September.

In die heute auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten neu aufgenommenen Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau unter Vorsitz von Professor Brahn und den beiden Unparteiischen, Regierungspräsident Bergemann und Beigeordneter Dr. Braggard, fällt der Vorsitzende mit den Stimmen der unparteiischen Beisitzer einen Schiedspruch, der eine 7prozentige Herabsetzung der Löhne bis zum 31. Januar 1932 bestimmt. Das Arbeitszeitabkommen wurde unverändert bis zum 31. März 1932 verlängert. Die Nachverhandlungen finden morgen in Dortmund statt.

Dortmund, 29. September. (Eigenbericht.)

Der Bergbauindustriearbeiterverband, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter und der Hirsch-Dunkerische Gewerksverein der Bergarbeiter haben an den Reichsarbeitsminister ein Telegramm gerichtet, in dem sie den neuen Schiedspruch mit Entrüstung ablehnen und den Minister ersuchen, den Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären.

Die Unternehmer haben den Schiedspruch über die Arbeitszeit angenommen. Den Lohnschiedspruch werden sie ablehnen. Mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs durch den Reichsarbeitsminister ist noch für Mittwoch zu rechnen.

Die Gewerkschaften bezeichnen den für den Ruhrbergbau gefällten Schiedspruch als vollkommen unverständlich. In den Parteiverhandlungen hatten die Unternehmer ihre Forderungen wiederholt, mit dem Hinweis, daß die englische Währungskrise dem Ruhrbergbau auf Grund der laufenden Verträge allein einen Verlust von 20 bis 25 Millionen und erhebliche Abschlagswierigkeiten bringe. Unter Umständen sei bei einzelnen Werken mit Zahlungsschwierigkeiten und einer Gefährdung der Lohnzahlungen zu rechnen.

Zu dem Hinweis auf die angebliche Verlustrechnung des Reichswirtschaftsministeriums erklären die Gewerkschaften, daß man ihnen erst am Montag vertrauliches Material übermittelt habe. Aus diesen Zahlen könne man keineswegs eine Verlustrechnung ableiten. Es sei völlig abwegig, die eventuellen und zur Zeit noch unübersichtlichen Nachteile des englischen Pfundsturzes durch einen Abbau der Bergarbeiterlöhne auszugleichen. Wenn die Schäden wirklich so groß seien, wie die Unternehmer befürchteten, könne selbst der radikalste Lohnabbau nichts nützen. Der durchschnittliche Reallohn der Bergarbeiter sei um 50 Mark unter dem Einkommen von 1913 gesunken. Jeder wirtschaftspolitische Rettungsversuch mit Hilfe eines weiteren Lohnabbaus müsse daher

neuen wirtschaftlichen Niedergang bringen. Man dürfe nie vergessen, daß der Bergmann nur arbeits- und leistungsfähig bleiben könne, wenn das heutige Existenzminimum nicht noch weiter geschwächt würde. Vor allem müsse man sich aber auch in Unternehmertreuen von dem Gedanken frei machen, als ob nur ein schärferer, ausländischer Wettbewerb mit Hilfe niedrigerer Löhne und einer Schwächung des Inlandmarktes die notwendige wirtschaftliche Belebung bringen könnte.

Die Gewerkschaften forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, um weiteren Entlassungen vorzubeugen und wenigstens im geringen Umfang Neueinstellungen zu ermöglichen. Bei den Unternehmern bestand aber feinerkeilige Reizung, diesen sozialen Erwägungen nachzukommen. Sie lehnten jede Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich ab und sahen ihr Heil lediglich in einer Verkürzung der Löhne. Die Gewerkschaften haben den Schiedspruch sofort abgelehnt.

Wieder Subventionspolitik?

W.B. meldet dazu: „Von unterrichteter Seite erfahren wir: Ueber die Frage der Verbindlichkeitsklärung des gestrigen für den Ruhrbergbau ergangenen Schiedspruchs finden heute, Mittwoch vormittag, in Dortmund die gesetzlich vorgesehenen Nachverhandlungen vor einem Vertreter des Reichsarbeitsministers statt. Falls es dabei nicht zu einer Einigung der Parteien kommen sollte, wird sich der Reichsarbeitsminister mit der Frage der Verbindlichkeitsklärung befassen müssen.“

Dabei wird insbesondere zu prüfen sein, ob die im Schiedspruch vorgezeichnete Laufdauer von vier Monaten unter den gegenwärtigen Verhältnissen tragbar erscheint, und ob die vorgeschlagene Lohnänderung nicht eine anderweitige Entlastung beider Parteien, vielleicht auf dem Gebiet der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung notwendig macht.“

Die „Unparteiischen“ haben es also wieder jäh gemacht! Wie aber stellt sich der Reichsverband der deutschen Industrie und wie die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu dieser Subventionspolitik des Bergbaus, die hier durch die Reichsregierung angekündigt wird? Bisher hat man sich grundsätzlich gegen jede Subventionspolitik ausgesprochen.

Die Reichsregierung hat sich durch die Unternehmer zu der Ungeheuerlichkeit des Lohnabbaus verleiten lassen und verliert jetzt, sich durch eine noch größere Ungeheuerlichkeit, deren „gesetzliche“ Regelung uns übrigens höchst frohwürdig erscheint, aus der Affäre zu ziehen.

Vorteile der Sechsstundenschicht.

Erfahrungen in einem kontinuierlichen Betrieb.

Daß die Arbeitszeit auch in kontinuierlichen, d. h. ununterbrochen arbeitenden Betrieben ohne Schaden, ja sogar mit ausgesprochenem Nutzen für die Arbeiterschaft sowie das Unternehmertum durchgeführt werden kann, zeigt, wie wir den Pressenachrichten des ADGB entnehmen, neuerdings ein Beispiel in einem amerikanischen Großbetrieb. Eine Großfirma in Michigan für die Herstellung von Nahrungsmitteln aus Getreide hat am 1. Dezember 1930 speziell zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Anlagen bei durchgehendem Betrieb die drei Schichten von je acht Stunden durch vier Schichten von je sechs Stunden ersetzt und dadurch

die Zahl der Beschäftigten um 20 Proz. erhöht.

Der Präsident der Gesellschaft hat in einem eingehenden Bericht alle Faktoren dieser Maßnahme bis ins kleinste geprüft und dargestellt. Er faßt die Vorteile der Maßnahme wie folgt zusammen: Mehr Freizeit, die zu Gartenarbeiten und persönlichen wie kollektiven Bildungszwecken verwendet werden kann. Ansporn zur Ausbildung für leitende Posten, da durch den Uebergang vom Drei- zum Vier-Schichten-System mehr Ueberwachungspersonal nötig wird. Geringere Ermüdungserscheinungen und deshalb höhere Arbeitsleistung. Mütter, die für Kinder zu sorgen haben, können ihr Brot verdienen und haben gleichzeitig noch die nötige Zeit, um für ihre Familie zu sorgen. Geringere Zeiterwundung, da die Arbeit in einer ununterbrochenen Schicht viel intensiver ist.

Herabsetzung der Lebensunterhaltskosten.

da alle Mahlzeiten zu Hause eingenommen werden können. Größere Arbeitssicherheit, da durch die Erhöhung der Zahl der Arbeiter der Arbeitsmarkt entlastet und dadurch der Konsum erhöht und die Wirtschaftslage allgemein gehoben wird.

„Ich zögere“, sagt der Präsident, „mit der Aufzählung auszuheben, denn jeden Tag werden mir von der Leitung neue Vorteile gemeldet.“ „Wie aber“, fährt der Präsident fort, „stellt sich das Unternehmen und wie stellen sich die Aktionäre bei dieser Maßnahme?“

Die Liste der Vorteile für das Unternehmen ist nahezu so einflußvoll wie jene der Arbeiter!

Diese Vorteile lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erhöhte Tagesleistung der einzelnen Produktionsseinheiten. Ausschaltung der Eisenpausen mit ihrer Zeit- und Energieverschwendung sowie ihren Ausgaben für Kaminen usw. Erhöhter Ertrag des in den Maschinen angelegten Kapitals infolge der rationelleren Verwendung der Maschinen. Bessere Organisation der Arbeit, Herabsetzung der allgemeinen Unkosten (während die Ersparnisse im Betrieb 10 Cents per 100 Pfund hergestellte Ware betragen, betragen sie für den leitenden Apparat — Büro, Unkosten — auf 25 Cents).

Das Lohnproblem wurde wie folgt gelöst: „Unsere Gesellschaft untersuchte genau, wie hoch der Lohn eines Arbeiters sein muß, wenn er

die gleiche Kaufkraft

besitzen soll wie vor zwei Jahren, als die Preise viel höher waren. Wir stellen fest, daß, wenn der Grundlohn um 12 1/2 Proz. erhöht wird, beim Sechsstundentag und der Sechstageswoche die Kaufkraft ungefähr die gleiche ist wie im Jahre 1928. Es wurde deshalb beschlossen, den Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter auf 4 Dollar pro Tag festzusetzen, was dem Lohn entspricht, den wir bei Handhabung des

Achtstundentages zahlen (Wendelfahrt von 30 Cents pro Stunde, d. h. 4 Dollar per acht Stunden).

„Ich werde“, so sagt der Präsident weiter, „oft gefragt, welche Nachteile wir beim Sechsstundentag haben. Bis heute haben wir keine eigentlichen Nachteile festgestellt. Alle Beteiligten sind mit dem neuen System einverstanden.“

Die Firma wird deshalb das neue System, trotzdem es nur als Hilfsmaßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gedacht war, auch in Zukunft aufrechterhalten!

Die Reichsbahn ist mit dabei.

Kündigung des Lohnabkommens.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat am Dienstag den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen mitgeteilt, daß sie das Lohnabkommen zum 31. Oktober dieses Jahres kündigt.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Reichsbahnverwaltung mit der Kündigung die Absicht verfolgt, die Notverordnung vom 5. Juni für sich in Anspruch zu nehmen. In dem § 6 dieser Notverordnung ist der Reichsbahngesellschaft das Recht verliehen, den Lohn entsprechend den Lohnkürzungen der Reichsarbeiter um 1 bis 4 Proz. abzubauen, falls eine Verständigung über einen Lohnabbau mit den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften nicht erzielt werden kann. Allerdings ist über diese Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es ist bekannt, daß der Lohn der Eisenbahner schon durch Teierfahrungen stark gekürzt ist.

Auf Grund der verschiedenen Notverordnungen sind bisher auch die Gehälter der Reichsbahnbeamten im vollen Umfang gekürzt worden. Als durch die Presse bekannt geworden war, daß auf Grund eines Reichsmehrerlasses vom 18. Juni die Reichsmehrangehörigen vom Hauptmann abwärts nicht in die Gehaltskürzung einbezogen werden, haben die Eisenbahnerorganisationen in einer gemeinsamen Eingabe vom 15. Juli den Standpunkt vertreten, daß nunmehr auch für die Reichsbahn-Gesellschaft nicht mehr die Verpflichtung zur uneingeschränkten Durchführung der Gehaltskürzung bestehe, zumal die Notverordnungen die Reichs-

Der öffentliche Kongreß „Jugend, Erziehung und Politik“

des Bundes entschiedener Schulreformer tagt vom 2. bis 4. Oktober im Bürgersaal des Berlin-Schöneberger Rathauses am Rudolf-Wilde-Platz

Redner:

Paul Oestreich, Martin Weise, Toni Pflüf, Heinrich Müller, Erich Schönebeck u. a. Freie Aussprache nach jedem der 6 Tagungstage! Eröffnung: Pünktlich 9 Uhr früh am Freitag, dem 2. Oktober 1931, durch Adolf Grimme, Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Tagungskarten in der Buchhandlung Lachmann, Berlin W 30, Bayrischer Platz 13/14, und am Saaleingang

Eigene Großfabrikation seit 1876
Führung durch die Fabrikationsräume jeden Werktag

MÖBEL

Zahlungserleichterung

Der gemütliche Kamin-essel

Ultimo-Angebot bis 3. Okt.
Schlafzimmer „Julia“, echt Eiche, 190cmbr., Fris., Teil u. Polsterstühle 640.-
Speisezimmer, echt Eiche „Zoppo“ mit Tisch und Polsterstühlen . . . 495.-
Herrenzimmer, echt Eiche „Mozart“ m. Tisch, Schreibe- u. Polsterstühlen 430.-
Küche „Lotte“ compl. 125.-

in modernen Stoffen nur 47.-

SEELISCH

Hackescher Markt 4 (Nah Bahnh. Güter)
Rigauer Straße 71 (U-Bahn Samariterstraße)

Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931

Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 (RGBl. I S. 493) wird von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die

4 1/3 %ige steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931 zum Nennwert angeboten.

Die Anleihe wird in Stücken von GM. 100, 500, 1000 und 5000 ausgefertigt. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 1/1000 kg Feingold. Dieser Gegenwert wird bei den Zinszahlungen und der Erlösung der verloterten Stücke errechnet unter Zugrundelegung des Londoner Goldpreises des 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats. Die Umrechnung in die deutsche Währung erfolgt zum Mittelkurs der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung London des gleichen Tages. Falls an dem 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats kein Londoner Goldpreis veröffentlicht wird oder eine amtliche Berliner Notiz für Auszahlung London an diesem Tage nicht stattfindet, sind die Kurse desjenigen Tages maßgeblich, an welchem zuletzt vorher der Londoner Goldpreis und die amtliche Berliner Notiz festgestellt worden sind. Ergibt sich aus der Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis von nicht mehr als RM 2820 und nicht weniger als RM 2760, so ist für jede geschuldete Goldmark eine Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen. Die Stücke lauten sämtlich auf den Inhaber.

Die Anleihe wird vom 1. Oktober 1931 ab mit jährlich 4 1/3 % v. H. verzinst. Die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis Ende September 1932 werden am 1. Oktober 1932 gezahlt. Die weiteren Zinsen werden halbjährlich am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres fällig. Vom Jahre 1937 ab wird die Anleihe in gleichen jährlichen Teilen bis zum Jahr 1941 durch Auslösung zum Nennwert oder durch Rückkauf getilgt.

Falls Verlosungen erforderlich wurden, sollen sie im Monat Juli jedes Jahres, erstmalig im Juli 1937, stattfinden. Die gezogenen Nummern sowie der Betrag der auf die jährliche Tilgung anzurechnenden zurückgekauften Schuldverschreibungen werden im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger und in dem amtlichen Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft „Die Reichsbahn“ bekanntgemacht. Die ausgelosten Anleihestücke (Schuldverschreibungen) werden vor dem auf die Auslösung folgenden 1. Oktober an zum Nennwert eingelöst, also erstmalig vom 1. Oktober 1937, letztmalig vom 1. Oktober 1941 an.

Die unten genannten Stellen nehmen Zeichnungen während der üblichen Geschäftsstunden in der Zeit

vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1931 entgegen.

Vorzeltiger Schluß nach dem 15. Oktober 1931 bleibt vorbehalten.

Wer Steueramnestie durch Erwerb dieser Anleihe erlangen will, muß die Anleihe bis zum 15. Oktober 1931 in der aus der Zweiten Steueramnestieverordnung vom 19. September 1931 sich ergebenden Höhe zeichnen und den Erwerbspreis vollständig und rechtzeitig unter Einhaltung der Einzahlungsfristen gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 3 der genannten Verordnung zahlen.

Die Zeichnungen sind bei denjenigen Stellen zu leisten, die die Zeichnungen entgegengenommen haben. Die gezeichneten Beträge gelten als voll zugeteilt.

Auf die gezeichneten Beträge sind bei der Zeichnung als erste Rate 10% des Nennwerts zu zahlen. Hierbei werden keine Stückzinsen berechnet, wenn die Rate bis zum 15. Oktober 1931 (einschließlich) gezahlt wird. Am 15. Februar, 16. Mai und 15. August 1932 sind als weitere Raten je 20% des Nennwerts zuzüglich Stückzinsen vom 1. Oktober 1931 (einschließlich) ab zu zahlen. Bleibt ein Erwerber mit einer Ratezahlung im Rückstand, so ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft berechtigt, in Höhe der gezahlten Beträge Stücke zuruteilen. Größere Teilzahlungen vor den genannten Terminen und jederzeitige Vollzahlung sind zulässig. Für alle Zahlungen bis zum 15. Oktober 1931 einschließlich werden keine Stückzinsen und bei allen übrigen Zahlungen Stückzinsen vom 1. Oktober 1931 einschließlich bis zum Tage der Einzahlung bei der Zeichnungsstelle berechnet. Bei allen Teilzahlungen werden nur durch 100 teilbare Nennbeträge abgerechnet.

Ueber die geleisteten Einzahlungen werden von jeder Zeichnungsstelle nicht übertragbare Quittungen ausgestellt, auf denen alle Ratezahlungen vermerkt werden. Gegen Rückgabe der den Quittungen anhängenden Empfangsbestätigung werden später die Stücke von den Zeichnungsstellen ausgegeben.

Gemäß der erwähnten Verordnung wird dem Zeichner nach vollständiger und rechtzeitiger Zahlung des Erwerbspreises der von ihm gezeichneten Reichsbahn-Anleihe von seiner Zeichnungsstelle eine Bescheinigung über den Anleibeerwerb ausgestellt.

Die Zinsscheine und die verloterten Stücke werden von der Zentralkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin und von den größeren Kassen der Reichsbahndirektionen, von der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft, Berlin, und ihren Zweigniederlassungen sowie von den außerdem durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bekanntgegebenen Stellen eingelöst.

Für die Schuldverschreibungen und die Zinsscheine gelten die Vorschriften der §§ 798 bis 804 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit der Maßgabe, daß bei Verlust von Zinsscheinen der Anspruch aus § 804 Absatz 1 S. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschlossen ist.

Die Anleihe ist auf Grund der erwähnten Verordnung befreit

1. hinsichtlich der Anleihebeträge von:
 - a) der Vermögenssteuer,
 - b) den Aufbringungsumlagen,
 - c) der Erbschaftsteuer (auch Schenkungssteuer), soweit es sich um Anleihebeträge handelt, die von Erblasser (Schenkver) innerhalb der Zeichnungsfrist erworben worden sind; bei schenkungssteuerpflichtigen Erwerben jedoch, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. April 1931 entstanden ist, tritt die Befreiung nicht ein, wenn der Schenker die Reichsbahn-Anleihe zur Erlangung von Steueramnestie erworben hat,
 - d) der Gewerbesteuer,
 - e) der Kirchensteuer, soweit sie nach den Merkmalen des Vermögens bemessen wird.
2. hinsichtlich der Zinsen von:
 - a) der Einkommensteuer nebst Zuschlägen,
 - b) der Körperschaftsteuer,
 - c) der Krisensteuer,
 - d) der Gewerbesteuer,
 - e) der Kirchensteuer, soweit sie nach den Merkmalen des Einkommens oder des Ertrags bemessen wird,
 - f) der Bürgersteuer.

Soweit hiernach Steuerfreiheit besteht, ist der Eigentümer der Reichsbahn-Anleihe 1931 nicht verpflichtet, die Reichsbahn-Anleihe und die Zinsen hieraus in den Steuererklärungen anzugeben, die die vorgenannten Steuern betreffen.

Im übrigen wird auf die erwähnte Verordnung verwiesen. Die Einführung der Anleihe an der Börse bleibt vorbehalten. Die Erklärung der Reichsbahn-Anleihe durch den Reichsrat wird beantragt werden.

Aus dem Erlös der Anleihe wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft Arbeitsaufträge zusätzlicher Art vergeben.

Berlin, im September 1931.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft

Hauptverwaltung

Der Generaldirektor

Dorpmüller.

Zeichnungen werden angenommen

- a) bei denjenigen Reichsbahnkassen, die von den zuständigen Reichsbahndirektionen als Zeichnungsstellen bestimmt werden,
- b) bei allen Reichsbankanstalten
- c) bei den nachgeordneten Banken in

Berlin: Reichsbank, Zeichnungs-Abteilung, Hausvogteiplatz 14. — Preussische Staatsbank (Sachhandlung). — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. — Berliner Handels-Gesellschaft. — S. Bleichröder. — Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. — Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Delbrück, Schickler & Co. — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. — Deutsche Girozentrale. — Deutsche Kommunalbank. — Deutsche Landesbankenzentrale A. G. — Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft. — Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft. — Dresdener Bank. — J. Dreyfus & Co. — Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Mendelssohn & Co. — Preussische Zentralgenossenschaftskasse. — Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. — Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien. — A. E. Wassermann. — Braunschweig: Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt). — Bremen: J. F. Schröder Bank Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Breslau: Eichhorn & Co. — E. Heitmann. — Chemnitz: Bayer & Heinze. — Dessau: Anhalt-Dessauische Landesbank in Dessau. — Dresden: Gebr. Arnold. — Sächsische Staatsbank. — Bondi & Maron. — Philipp Elmeyer. — S. Matthesdorff. — Düsseldorf: Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien. — B. Simons & Co. — C. G. Triakaus Inh. Engels & Co. — Essen: Simon Hirschland. — Frankfurt a. M.: Gebr. Bethmann. — Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank. — Lincoln Menny Oppenheimer. — Jacob S. H. Stern. — Ball & Herz. — Frankfurter Bank. — Georg Hank & Sohn. — E. Ladenburg. — Ernst Wertheimer & Co. — Halle a. d. S.: Hallischer Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Hamburg: L. Behrens & Söhne. — Vereinsbank in Hamburg. — M. M. Warburg & Co. — Conrad Hinrich Donner. — München: Meyer & Co. — Schröder Gebrüder & Co. — Hannover: Ephraim Meyer & Sohn. — Heilbronn: Handels- und Gewerbank Heilbronn A. G. — Karlsruhe: Veit L. Homburger. — Straßburg & Co. — Badische Bank. — Köln: A. Levy. — Sal. Oppenheim jr. & Cie. — I. H. Stein. — Leipzig: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. — Hasner & Schmidt. — Lübeck: Commerz-Bank in Lübeck. — Magdeburg: Flemming & Co. — E. A. Neubauer. — Zuckerswerdt & Beudtel. — München: H. Aulhäuser. — Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank. — Bayerische Staatsbank. — Bayerische Vereinsbank. — Merck, Fink & Co. — Nürnberg: Anton Kohn. — Offenbach a. M.: S. Metzbank. — Oldenburg: Oldenburgische Landesbank. — Rostock: Rostocker Bank. — Schwerin: Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank. — Stuttgart: Württembergische Notenbank. — Weimar: Thüringische Staatsbank. — Wuppertal-Elberfeld: von der Heydt-Kersten & Söhne sowie bei den deutschen Zweigniederlassungen obiger Firmen und den Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — und der Deutschen Landesbankenzentrale A. G. angeschlossenen Girozentralen und Landesbanken.

Offizielle Zeichnungsstellen in Berlin sind außer den obengenannten: Gebr. Arnold. — Berliner Stadtbank-Girozentrale der Stadt Berlin. — Braunschweigische Provinzialbank und Girozentrale. — Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank.



Überzeugend Billig!

- ① ***Herren-Sakkoanzug**
Kammgarn, gute deutsche Ware, in schönen Mustern, tadellos in Sitz und Verarbeitung..... **43,00**
- ② ***Ulsterpaletot**
unigras, blaugras, gutes deutsches reinwollenes Fabrikat, ein vornehmer Wintermantel mit Samt- oder Stoffkragen **58,00**
- ③ ***Ulsterpaletot**
feste Ausmusterung, ganz auf Kunstseide gefüllt, mit Samt- oder Stoffkragen **28,00**
- ④ ***Ulster**
lose, weite Form, auch mit Rückengurt, gute Velours-Qualität, in Morengo und Modelfarben..... **75,00**

*Ulsterpaletots für Herren, reine Wolle, Strapazierware, schöne Abseite, mod. Diagonalmuster, auch schöne Veloursqualitäten.....Stück	46,00	Herren-Garnituren Jacke mit Beinkleid, feinfarbig, Garnitur 4,50	3,75
*Sakkoanzüge Kammgarn, letzte Neuheiten, gedieg. Qual., gute Verarbeitung u. Ausstattung — Ersatz für Mass. — Stück	56,00	Jacquard-Socken für Herren, modern gemustert, Paar	0,65
*Sakkoanzüge reinwollene, Kammgarn, gedeckte Farben, gute Verarbeitung u. Ausstattung — Ersatz für Mass. — Stück	75,00	Herren-Socken reine Wolle plattiert, neue Herbstmuster, Paar	1,25
Herren-Oberhemden weiß, durchgehend, gefütterte Brust.....Stück	3,90	Herren-Sportstrümpfe schwere reinwollene Qualitäten, moderne Melangen od. gemustert, Paar	1,95
Herren-Oberhemden moderne Farben, mit Kragen Stück	4,90	Herren - Handschuhe Trikot, durchgehend gefüttert, mit Druckknopf.....Paar	1,65
Herren-Selbstbinder reine Seide, neue Herbstmuster, St.	1,45	Herren - Handschuhe Wildleder-Imitation, Spezialmarke »Hertler, mit 1 Druckknopf.....Paar	2,75
Herren-Hüte neue Herbstfarben und elegante Formen.....Stück	3,90	Herren - Handschuhe Nappahandgenäht, mit 1 Perlmutterknopf.....Paar	6,90
Trikot-Oberhemden mit modernem Einsatz, Stück	2,45	Herren-Halbschuhe braun und schwarz Box calf und Lack, hochwertige Qualität, Rahmenarbeit, »Hertler-Rekord«.....Paar	9,70
Herren-Hosen wollgemischt, gute Qualität ..Stück	1,95	Herren-Schuhe »Marke Hertler, schwarz, braun, Lack, in grosser Auswahl.....Paar	16,50
Herren-Hemden Vorderschluss, mit Doppelbrust, wollgemischt, gute Qualität.....Stück	2,75	Herren-Hausschuhe Kamelhaarart, mit Filz- und Ledersohle.....Paar	1,90

* Nur Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Wilmersdorfer Strasse, Chausseestrasse

H T E R E M A N N

Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen

Verkauf sowohl Vorrat / Mengenabgabe verfahrbar